Nr. 29 * 16. Jahrgang — Stuttgart, 18. Juli 1908

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag. Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart. Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Mehr Disziplin.

Aus den Kreisen unserer Funktionäre wird uns geschrieben:

Unsere letztjährigen Kämpfe haben manche Erscheinungen gezeitigt, die zu ernstlichem Nachdenken veranlassen und die Frage berechtigt erscheinen lassen, ob es nicht im Gesamtinteresse geboten ist, unseren Kollegen einmal öffentlich und mit aller Gründlichkeit zu sagen, wie sie sich besonders in Zeiten des Kampfes zu benehmen haben, und wie andererseits der Verband respektive dessen Leitung zukünftig jede Hilfe und Unterstützung aus Verbandsmitteln strikte versagen muß, wenn die Kollegen selbst ihre Pflicht nicht erkennen oder erfüllen wollen. Gemeint ist hier die bei fast jedem Kampfe zu konstatierende Weigerung zur Abreise der Ledigen, die zur Kampfesführung am Orte entbehrt werden können.

Nicht erst bei der Berliner Aussperrung im vorigen Jahre, sondern auch schon bei früheren Anlässen mußten wir beobachten, daß viele Kollegen ängstlich bemüht waren, ihren Unterstützungsbezug möglichst lange aufrecht zu erhalten, daß sie nachgewiesene und passende Arbeit einfach ablehnten, geschweige denn zur pflichtgemäßen Abreise im Interesse der Kampfesführung und der Entlastung der Verbandskasse zu bewegen waren. Da ist dann doch wohl die Frage am Platze: Welche Zwecke verfolgten diese Kollegen mit ihrem Eintritt in den Kampf? Haben sie den einzigen Zweck, den der Verband mit der Gewährung von Unterstützung im Auge hat — nämlich die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse —, auch zu dem ihrigen gemacht, oder war es ihnen bloß darum zu tun, ihrerseits einmal die Verbandskasse gründlich in Anspruch zu nehmen oder ihre Fixigkeit durch einen beschlossenen Streik zu dokumentieren? Gewiß haben wir Fälle zu verzeichnen, wo die betreffenden Kollegen in ihrer Gesamtheit bewiesen haben, daß sie zu jedem Opfer bereit waren, um den vom Verband und von ihnen selbst gewünschten Zweck zu erreichen, wo sie wochen- und monatelang in die Fremde gezogen sind, wo nicht nur die Ledigen, sondern auch die Verheirateten miteinander wetteiferten, in möglichst hohem Maße den an sie ergehenden Aufforderungen zum Verlassen des Kampfgebiets zu entsprechen, aber diese Fälle bilden leider eine rühmliche Ausnahme. Im allgemeinen wollen nicht einmal mehr die Ledigen von der Abreise etwas wissen, und wenn dann schließlich die Streikleitung mit dem nötigen Nachdruck auftritt und die Einstellung der Unterstützung angedroht werden muß, dann erleben wir nicht selten das Schauspiel, daß aus den eigenen Reihen Verräter und Streikbrecher erstehen.

Wie mancher Kollege hat im vorigen Jahre seiner Unzufriedenheit mit dem Abschluß der großen Aussperrung Ausdruck gegeben, aber die Tatsache, daß gerade unsere Berliner Aussperrungsleitung kurz vor den Verhandlungen eine riesige Zahl von Arbeitswilligen konstatieren mußte, ist nicht genügend berücksichtigt worden. Anstatt daß ein Sturm der Entrüstung über solchen Verrat durch die Kollegen gegangen wäre, hat man sich in billigen Schimpfereien auf die Verbandsleitung ergangen und nebenbei natürlich solche Vorgänge wie in Berlin für den eigenen Ort ganz weit von sich gewiesen. Und dabei ist es anderswo leider auch nicht viel besser. Wer Erfahrungen hat, weiß desgleichen aus großen wie aus kleinen Orten zu berichten. In einer großen Zahlstelle an der Wasserkante redet man heute noch von den berühmten „61" aus dem Jahre 1905, und auch bei anderen Gelegenheiten sind die Abgeschobenen aus dem einen Stadttor hinausgegangen und zu dem anderen wieder hereingekommen. Nicht ganz mit Unrecht höhnen und jubeln dann die Unternehmer und ihre Fachpresse über solche Wohlerzogenheit und Disziplin in unseren Reihen.

Aber auch aus jüngerer Zeit sind derartige Vorkommnisse leider zu vermelden. Bei einem Streik der Korkarbeiter fanden erst in der sechsten Woche zwei Mann den Mut, ihr Ränzel zu schnüren, trotzdem längst feststand, daß ein Erfolg für uns nur bei einem monatelangen Kampfe erreicht werden konnte. Den streikenden Kollegen war kurz vorher erklärt worden, daß sich die Weiterführung des Kampfes nur verantworten lasse, wenn sie selbst in höherem Maße ihre Pflicht täten und den Ort bis auf eine beschränkte Zahl verließen. Sie taten es aber nicht, sondern hoben lieber den Streik so gut wie bedingungslos auf. Und in einem anderen Falle, wo wir mit den Zimmerern gemeinsam ausgesperrt waren, saßen Ende der fünften Woche noch fast sämtliche Kollegen, und unter ihnen eine große Anzahl Ledige, gemütlich beisammen. Wenn man dann zu der Ansicht kommt, daß es den Kollegen oder einem Teil derselben bei dem Bezug der Streikunterstützung wohl zunächst ganz gut gefällt und sie sich über das Ende des Kampfes viel weniger Kopfzerbrechen machen als über die Bestellung häuslicher oder landwirtschaftlicher Nebenarbeiten, dann wird man das sehr gut verstehen können. (Von diesem Gesichtspunkt aus möge man sich auch einmal die so oft verlangte Erhöhung der statutarischen Streikunterstützung ansehen.) Natürlich mußte auch in diesem Falle den Kollegen ganz ernstlich ins Gewissen geredet werden. Aber was war das Resultat? Anstatt nun endlich zu tun, was längst ihre Pflicht gewesen wäre, wurden mit Beginn der sechsten Woche 7 Mann abtrünnig und stellten sich den Unternehmern als Arbeitswillige zur Verfügung, womit zugleich der ganze Kampf so gut wie verloren war.

Nun hört man recht häufig auch von den tüchtigsten Kollegen die Frage aufwerfen: Ist es denn wirklich nötig, daß wir auf die Abreise drängen? Ja, es kommt sogar vor, daß dieses direkt verhindert oder auch die Annahme anderweitiger Beschäftigung zu vereiteln gesucht wird, um den Zusammenhalt unter den Kämpfenden nicht zu lockern. Es bedarf wohl keiner Begründung dafür, daß für solche Gefühlsduselei kein Platz ist zu Zeiten des Kampfes, und daß wir mit Kämpfern, die nicht besser geschult sind, ohnehin keine Erfolge erringen können. Jedoch soweit die Notwendigkeit der Abreise angezweifelt wird, verlohnt es sich, einiges darüber zu sagen. In den allermeisten Fällen verfolgen die Unternehmer jede Bewegung und auch die Stimmung der Streikenden sehr genau. Solange die alten eingearbeiteten Arbeitskräfte am Orte bleiben und zu jeder Zeit für die Unternehmer erreichbar sind, wird sich so leicht keine Unternehmerversammlung herbeilassen, die gestellten Forderungen zu bewilligen. Statt dessen wird mit allen Mitteln auf unsere Uneinigkeit und den Abfall der unsicheren Elemente hingewirkt, und es hat sich schon mehr als einmal erwiesen, daß auf solche Weise zum mindesten die Sache sehr in die Länge gezogen wurde. Erst wenn die alten tüchtigen Arbeiter zum Tore hinausgehen, kommen die Unternehmer zu der Ansicht, daß es uns mit unserer Sache ernst ist, und sie lassen dann viel leichter ein Wort mit sich reden, als wenn sie sich zu der Annahme berechtigt glauben, daß es in den Reihen der Streikenden bald zu bröckeln beginnt, und solche Hoffnungen werden von den Scharfmachern stets genährt.

Ferner ist es Pflicht der verantwortlichen Kollegen, im Interesse der Verbandskasse auf eine möglichste Beschränkung der Streikenden bedacht zu sein. Je mehr Mittel der eine Kampf erfordert, desto weniger kann für die anderen aufgewendet werden, daher ist es solidarische Pflicht aller Kollegen, die freiwillig und nicht erst gezwungen erfüllt werden sollte, soweit als nur irgend denkbar alles daran zu setzen, unsere finanziellen Mittel zu schonen und möglichst vielen Kollegen durch Unterstützung des Verbandes vorwärts zu helfen. Recht häufig sind aber auch bei Beendigung unserer Kämpfe mehr Arbeitskräfte am Orte, als benötigt werden, und wenn dann nicht alle zugleich eingestellt werden können, wird von Maßregelung gesprochen und auch hinter den Unternehmern wegen der Wiedereinstellung hergelaufen, was jedenfalls keinen besonders guten Eindruck hinterläßt. Und ebensosehr liegt es im Interesse der Einigkeit der Streikenden, die Zahl der Kämpfer auf ein Minimum zu reduzieren und besonders die unsicheren Kantonisten fortzuschicken. Darum sollte in unseren Versammlungen über diese Sache nicht nur zu Zeiten des Kampfes geredet werden, es muß allen Kollegen und in erster Linie den führenden Körperschaften als selbstverständliche Pflicht gelten und als solche beständig propagiert werden, daß wir im Kampfe überhaupt nur eine Richtschnur unseres Handelns kennen dürfen, und zwar: Auf welche Weise kommen wir am sichersten und schnellsten zu unserem Ziele? Und je nachdem diese Frage beantwortet wird, hat sich der einzelne zu fügen.

Nun wird eingewendet werden: Diese Pflicht bestand auch bisher schon, aber sie wurde eben nicht erfüllt und wird in Zukunft ebenfalls nicht mehr als bisher erfüllt werden. Aber damit ist die Sache nicht abgetan. Es entsteht die Frage, ob der Vorstand in Zukunft nicht *vor* Genehmigung der Streiks hierüber eine Entscheidung herbeiführen soll, und je nachdem die Kollegen sich ihrerseits dazu stellen, soll die Entscheidung des Vorstandes ausfallen. In keinem Falle darf mehr ein Streik genehmigt werden, wenn die Kollegen nicht bereit sind, ihre eigene Pflicht und Schuldigkeit zu erfüllen, und es muß in Zukunft aufhören, daß die Kämpfe von der einen Woche zur anderen hingezogen werden, wenn die Kollegen nicht selbst alles tun, was im Interesse der Gesamtheit von ihnen verlangt werden muß. Nach meinem Dafürhalten müßte auch unter sonst günstigen Umständen jeder Streik von seiten des Vorstandes für beendigt erklärt werden, wenn die Streikenden sich weigern, den Kampf so zu führen, wie es der Würde des Verbandes und den Forderungen der vollsten Solidarität entspricht.

Und gerade der Konsequenzen wegen, die aus einem solchen Vorgehen der Verbandsleitung entstehen würden, ist es doppelt nötig, rechtzeitig und mit der gewünschten Deutlichkeit auf die seitherigen Fehler aufmerksam und die Wiederholung derselben unmöglich zu machen. Mag man auch noch so große Bedenken haben, im äußersten Falle die Konsequenzen in der gedachten Weise zu ziehen, so wird doch jeder zugeben müssen, daß einmal der Anfang gemacht werden muß, und auch die Durchführung wird nicht schwieriger sein, wie zum Beispiel der vor einigen Jahren gefaßte Beschluß, daß Nichtbezugsberechtigte keine Unterstützung mehr erhalten. Uns stehen die schwersten Kämpfe noch bevor, und wenn wir diese mit Erfolg bestehen wollen, müssen sich unsere Mitglieder darüber klar werden, daß nicht nur die Gesamtorganisation, sondern auch jeder einzelne Kämpfer mit Aufbietung aller Kräfte für die gemeinsame Sache einstehen muß. Die erste und wichtigste Parole in dieser Beziehung ist: Hinaus aus dem Kampfgebiet.

Die Freiheit zum Arbeiten und die Freiheit vom Arbeiten.

-r. Wenn es irgend ein Wort gibt, das es sich gefallen lassen muß, daß man mit ihm Schindluder treibt, so ist es das Wort *Freiheit*. Besonders der Kapitalismus, dessen Weltanschauung sich im Liberalismus verkörpert, hat alles mögliche getan, um das schöne Wort zu verschofeln und seinen Begriff ins Gegenteil zu verzerren. Er predigt die Freiheit und übt die Knechtschaft, er unmobelt die Menschen mit Freiheitsphrasen und macht sie zu Sklaven, er schwärmt von der schrankenlosen Freiheit des Individuums und preßt den Arbeiter in die Fesseln eines Fabrikautomaten. In heuchlerischer, hinterlistiger Weise singt er begeisterte Freiheitshymnen und fängt dann die betörten Zuhörer ein in ein Netz von Beschränkungen. **Wer heute noch an das Freiheitsgefasel des Kapitalismus glaubt, der ist mit sehenden Augen blind.** Da es aber leider noch immer solche Toren gibt, so dürfte es wieder einmal angebracht sein, den Freiheitsschwärmern die Maske vom Gesicht zu reißen, und sollte auch etwas Haut daran kleben bleiben.

Hierzu veranlaßt uns ein Artikel der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung", der als das typische Beispiel kapitalistischer Verdrehungskunst bezeichnet werden muß, *insofern sein Verfasser mit dem Begriff der Freiheit gleichsam wie ein Jongleur Fangball spielt.* Gleich die Einleitung ist vielversprechend: „Die Freiheit vom — und die Freiheit zum —, das eben ist der große Unterschied, über den gemeinsam mit spielender Leichtfertigkeit hinweggesehen wird. Es ist der Unterschied, der im Augenblick auch in der Arbeiterbewegung die Hauptrolle spielt. *Die sozialistischen Arbeiterführer verkünden die Freiheit der Arbeit* und verstehen unter dieser Freiheit die möglichste Befreiung vom Joch der Arbeit, die möglichste Abkürzung der Arbeitszeit. Aber sie haben nicht mit der Tatsache gerechnet, daß es immerhin einen gewissen Teil der Arbeiterschaft gibt, *welcher die Freiheit zur Arbeit der Freiheit von der Arbeit vorzieht*, welcher lieber die eigenen Kräfte völlig ausnutzen, als sie im Interesse einer, seinem persönlichen Vorteil fremd gegenüberstehenden Gesamtheit brachlegen möchte.

So viel Zeilen, so viel Sophistereien und Schiefheiten. Allerdings erstreben die sozialistisch gesinnten Arbeiter die Befreiung vom Joch der Arbeit, *aber nicht die Befreiung von der Arbeit selbst.* Sie wissen nämlich, daß die Arbeit ein Naturgesetz ist, und daß mäßige Arbeit eine Wohltat für den Menschen bedeutet. Und obendrein kennen sie auch den Satz ihres großen Führers Marx: „Als Bildnerin von Gebrauchswerten, als nützliche Arbeit, ist die Arbeit eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, *ewige Naturnotwendigkeit*, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln." (Nachzulesen im 1. Kapitel des 1. Bandes des „Kapital".) Es ist also eine böswillige Entstellung des wahren Sachverhalts, wenn der Verfasser sich den Anschein gibt, als ob der Sozialismus das Prinzip der Arbeit verneine, und wenn er diejenigen Arbeiter herausstreicht, die die Freiheit zur Arbeit zum Prinzip erhoben haben. Wie liegt die Sache denn in Wirklichkeit?

Der Sozialismus will die Menschen vom Joch der Arbeit freimachen, indem er die Arbeitsmühe des einzelnen

erleichtern, dagegen die Leistung der Gesamtheit steigern will. Daher fordert er, daß jeder arbeitsfähige Mensch arbeiten soll, daher erstrebt er die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, daher will er die Naturkräfte in den Dienst der Menschheit spannen und die Technik immer mehr vervollkommnen — kurz und gut, er will dem Entwicklungsgesetz dienen, das sich wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte hindurchzieht: „Mit einem Minimum von Kraft soll ein Maximum von Erfolg erzielt werden!" Und hierbei betont er vor allen Dingen das Interesse der Gesamtheit, das heißt die Summe aller persönlichen Interessen, und dabei bekämpft er jene kurzsichtigen Toren, die — um mit der Sophisterei des Artikelschreibers zu sprechen — lieber die eigenen Kräfte völlig ausnutzen, als sie im Interesse einer Gesamtheit brachzulegen, die ihrem persönlichen Vorteil fremd gegenübersteht. Unsere Leser kennen jene traurigen Freiheitshelden zu gut und sie haben auch jene vielgerühmte kapitalistische „Freiheit zur Arbeit" zu deutlich am eigenen Körper und Geiste gespürt, als daß sie Sehnsucht empfänden nach einer Freiheit, die den Arbeiter unter das Tier herabdrückt. Darum auch ziehen sie eine Beschränkung der Arbeitszeit und eine Regelung der Arbeitsbedingungen vor vor der kapitalistischen „Freiheit", und selbst vor der sozialistischen „Zwangsgesellschaft" haben sie das Gruseln verlernt. Und wenn auch ein Hirsch-Dunckerscher Arbeiter, den die „Arbeitgeber-Zeitung" als Kronzeugen zitiert, von der „Überspannung in der Arbeiterbewegung" redet und für die Bewegungsfreiheit des Arbeiters schwärmt, so weiß ein halbwegs aufgeklärter Proletarier, was er von einem solchen Schwindel zu halten hat.

Der Artikelschreiber fühlt selbst, wie wenig Anklang er mit seinen hohlen Freiheitsphrasen unter den modernen, im Geiste des Sozialismus erzogenen Arbeitern findet, und deshalb fängt er an zu schimpfen wie der Fuchs, dem die Trauben zu sauer sind. Man höre nur: „Gerade weil die Freiheit vom Arbeiten, weil das goldene Zeitalter, in dem die Menschen gleich den olympischen Göttern ein sorgenloses Dasein führen, in weiter, weitester, unerreichbarer Zukunft liegt, wird die große Masse diesem Phantom nachstreben. Der jüngst verstorbene Professor Adler hat in einem ausführlichen Werk die Macht der Illusion für die Massenbewegung zutreffend geschildert. Man zeige der Masse einen praktischen, zwar kleinen, aber mit Fleiß und Ausdauer erreichbaren Vorteil auf der einen Seite und auf der anderen ein glänzendes Zauberschloß mit Wolkenkuckucksheim, und sie wird immer der Fata Morgana folgen, sie wird immer die Taube auf dem Dache dem Sperling in der Hand vorziehen. Darauf also beruht zum guten Teil die werbende Kraft des sozialistischen Gedankens, daß der großen Masse das Zukunftsbild einer Freiheit von der Arbeit, für die man wohl eine kurze Zwangsarbeit eintauschen könne, vorgegaukelt wird. Sodann aber darf man nicht übersehen, daß die Zahl derjenigen, die sich durch die arbeitsbeschränkenden Vorschriften der Gewerkschaftstaktik beengt fühlen, doch immer eine geringe bleiben wird. Der Tüchtigen und Strebsamen sind wenige, der Gleichgültigen und Faulen sind viele. Nur eine Minorität wird danach streben, die eigene Kraft bis auf den Grund auszubeuten. Ein bißchen Tretmühle und im übrigen ein möglichst unfänglicher Müßiggang wird der Mehrheit unter den Arbeitern als ein weit wünschenswerteres Ideal erscheinen, zumal, wenn es den Gewerkschaften gelingt, für dieses Minimum an Arbeit ein Maximum an Lohn zu erkämpfen, und wenn der Staat, wie bisher, fortfährt, für die „wirtschaftlich Schwachen", für ihr Alter, für ihre Hinterbliebenen, für Not und Krankheit zu sorgen. Bleiben auf diese Weise nur die inneren Impulse zu höherem Streben übrig, so glauben wir nicht als griesgrämige Pessimisten gescholten zu werden, wenn wir der Ansicht huldigen, daß es nur noch ein bescheidenes Grüppchen sein wird, das aus sich selbst heraus, aus leidenschaftlichem Schaffensdrang die volle Freiheit zum Arbeiten verlangen wird."

Man faßt sich unwillkürlich an die Stirn, wenn man einen solchen Blödsinn liest. Die aufgeklärte Arbeiterklasse hat den Glauben an ein Wolkenkuckucksheim längst verloren und jagt keinen unerreichbaren Phantomen nach; sie treibt praktische Arbeiterpolitik und ringt mit Fleiß und Ausdauer um jeden erreichbaren Vorteil. Davon legt gerade die moderne Gewerkschaftsbewegung sprechende Beweise ab. Die modernen Arbeiter wissen, daß sie sich jeden Fuß breit Neuland mit harter Mühe und zäher Ausdauer erkämpfen müssen, und darum treten sie in hellen Haufen hinaus aus der kapitalistischen „Freiheit" in den sozialistischen „Zwang", wobei sie selbst vor einer vorübergehenden Freiheitsbeschränkung nicht zurückscheuen. Gerade in der straffen Disziplin der Organisationen erblicken sie das Mittel, sich zu befreien aus Not und Knechtschaft. Deshalb lachen sie auch über das „bescheidene Grüppchen, das aus leidenschaftlichem Schaffensdrang die volle Freiheit zum Arbeiten verlangt". Uns gelüstet nicht nach den Fleischtöpfen des Kapitalismus wie jene, die der Artikelschreiber — wer lacht da? — die Tüchtigen und Strebsamen nennt.

Von der Holzindustrie in Baden.

Das Jahr 1907 war der Entwicklung der Holzindustrie in Baden wenig günstig. Nach dem Bericht der Fabrikinspektion hat sich die Zahl der Fabriken und der diesen gleichgestellten Anlagen zwar von 1447 auf 1467 erhöht, dagegen ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 15 845 auf 15 520 zurückgegangen. Erfreulich ist, daß von dem Rückgang in der Zahl der Beschäftigten vornehmlich die weiblichen und jugendlichen Arbeiter betroffen wurden. Erstere gingen von 1487 auf 1238 und die jugendlichen von 1256 auf 1025 zurück, während die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter eine kleine Zunahme aufweist; sie stieg von 13 102 auf 13 257.

Die Aufsichtstätigkeit der Fabrikinspektoren ist in der Holzindustrie ganz besonders notwendig, entfallen doch von 1390 Auflagen, die von der Gewerbeinspektion zum Zwecke der Unfallverhütung gemacht wurden, nicht weniger als 316 auf Maschinen zur Holzbearbeitung. Aber auch die Durchführung der Schutzbestimmungen für jugendliche und weibliche Arbeiterinnen läßt in den Betrieben der Holzindustrie noch vieles zu wünschen übrig. Wegen Ausdehnung der Arbeitszeit jugendlicher Personen über 10 Stunden mußte unter anderem auch in Sägewerken wiederholt strafend eingeschritten werden. Ernster ist es zu beurteilen, daß ein Wagnermeister seinen noch nicht dreizehnjährigen Sohn an einer nicht geschützten fahrbaren Motorsäge mit Holzschneiden beschäftigte. Diese unzulässige Beschäftigung kam erst zur Kenntnis der Fabrikinspektion, als der Knabe einen Unfall erlitt. Der unvernünftige Vater wurde bestraft. Die Revision in einer Stuhlfabrik, wo nach erfolgter Anzeige jugendliche Arbeiter an Maschinen beschäftigt werden sollten, erbrachte nicht den Beweis für die Behauptung. Da die Inspektoren in der Regel davon absehen, die Arbeiter einzeln unter vier Augen zu befragen, um sie nicht Maßregelungen auszusetzen, war auch nicht festzustellen, inwieweit die Behauptung des Beschwerdeführers zutraf, daß die Mißstände in der Eile abgestellt worden seien, um den Beamten irrezuführen.

Eine sehr gefährliche Sparsamkeit ist es, wenn einzelne Betriebe, und besonders scheint diese Unsitte in Sägewerken zu grassieren, jugendliche Personen als Heizer beschäftigen. In einem Sägewerk wurde zur Vertretung des erkrankten Maschinisten ein 15jähriger Junge täglich von 5 Uhr morgens bis 7½ Uhr abends mit dem schweren Dienst am Dampfkessel beschäftigt. Erst als gegen den Besitzer ein Verfahren eingeleitet wurde, das zu seiner Bestrafung führte, entschloß er sich, dem inzwischen längst wieder hergestellten, aber kostspieligeren Maschinisten die fragliche Arbeit wieder zu übertragen. In einem anderen Sägewerk wurde der Sohn des Akkordanten, in einem dritten sogar die Tochter des Besitzers beim Dienst als Heizer angetroffen. Nicht minder gefährlich als die Beschäftigung jugendlicher Personen ist es, wenn der Heizer nebenher mit Arbeiten beschäftigt wird, die ihn dem Kesseldienst entziehen. In einer Schreinerei hatte der Heizer nebenher Arbeiten in der Schreinerwerkstätte zu verrichten und Botengänge in der Stadt zu besorgen, ohne daß ein geeigneter Ersatzmann vorhanden war. Da der Unternehmer trotz polizeilichen Verbots nicht für Abhilfe sorgte, erhielt er ein Strafmandat über 15 Mk., welches auf erhobenen Einwand vom Schöffengericht bestätigt wurde. Im Hinblick auf die grobe Fahrlässigkeit, die sich in diesem Verhalten bekundete, wird man diese Strafe nicht als besonders hoch bezeichnen können.

In Anbetracht des im allgemeinen nicht sehr günstigen Geschäftsganges erscheint es eigentümlich, daß die Bürstenfabrikanten im Wiesental über Mangel an Arbeitskräften, namentlich an jüngeren weiblichen klagten. Man kann es aber schließlich den Arbeiterinnen nicht verdenken, wenn sie die verhältnismäßig angenehmere Arbeit in den Spinnereien und Webereien der anstrengenden und dabei schlecht gelohnten Tätigkeit in der Bürstenindustrie vorziehen. Die Bürstenfabrikanten scheinen auch nicht immer die gesetzlich vorgeschriebenen Rücksichten auf die Arbeiterinnen zu nehmen. So beschwerten sich in einer Fabrik die Arbeiterinnen darüber, daß sie am Samstag wohl um ½6 Uhr Feierabend machen dürfen, daß sie aber auf die Lohnauszahlung warten müssen, bis auch die Arbeitszeit der männlichen Arbeiter beendet ist. Durch solche Maßnahmen wird natürlich der Zweck der Gesetzesvorschrift illusorisch gemacht. Von den älteren Arbeitern in den Bürstenfabriken des Wiesentals heißt es in dem Bericht, daß sie im Sommer die Fabrikarbeit unter der Woche je nach Belieben zur Vornahme von Feldarbeit unterbrechen. Diesem Übelstand hätte ein Unternehmer durch Erhöhung des Arbeitslohnes und Gewährung von Prämien in einzelnen Abteilungen mit Erfolg zu begegnen gewußt. Er bezahlt Prämien, wenn ein Arbeiter innerhalb zwölf Arbeitstagen mehr als neun Tage ununterbrochen in der Fabrik arbeitet und wenn er die festgesetzte tägliche Mindestleistung bei Akkordarbeit überschreitet. Nach dieser Darstellung dient also das Prämiensystem hier dazu, die Arbeiter an regelmäßige Arbeit zu gewöhnen. Aber auch dieser Zweck kann unser Urteil über das Prämiensystem, als einer Einrichtung zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiter, nicht beeinflussen. Interessant wäre es übrigens, über die besonderen Verhältnisse in dem fraglichen Betrieb etwas Näheres zu erfahren.

Der Organisation der Arbeiter bringt die Gewerbeinspektion ein großes Interesse entgegen, um so merkwürdiger berührt eine handgreiflich falsche Angabe über die Höhe der Mitgliederbeiträge. Danach hätten einige christliche Gewerkschaften ihre Beiträge im Berichtsjahr von 20 auf 40 bis 50 Pf. erhöht, „während die Beiträge im bedeutendsten freien Fachverband sich zwischen 11 bis 15 Pf. bewegten und im Durchschnitt auf 11,93 Pf. beschränkt blieben". Offenbar hat der Gewerbeinspektion eine Liste der Lokalzuschläge zum Verbandsbeitrag vorgelegen, und sie hat diese Zuschläge als den Gesamtbeitrag angesehen. Bei einer Behörde, die sich so intensiv mit Arbeiterangelegenheiten zu beschäftigen hat, wie die Gewerbeinspektion, sollte ein solches Mißverständnis nicht vorkommen.

In bezug auf Unfallverhütung erwähnt der Bericht, daß sich die runde Sicherheitswelle an der Abrichtmaschine immer mehr einbürgert. Mehrere schwere Verletzungen an der Vierkantwelle haben Veranlassung gegeben, den Besitzern die Beschaffung der neuen Welle zur Auflage zu machen. Die verhältnismäßige Geringfügigkeit der Verletzungen bei der Benutzung der Sicherheitswelle hat sich wieder in zwei Fällen erwiesen. In mehreren Holzbearbeitungswerkstätten wurde die erfreuliche Beobachtung gemacht, daß die Arbeiter der Unfallverhütung ein reges Interesse entgegenbrachten und sich selbst geeignete Schutzvorrichtungen angefertigt hatten. In dieser Beziehung wird eine Pforzheimer Fabrik erwähnt, wo aus kurzen Blöcken an großen Kreissägen dünne Brettchen für die Etuifabrikation hergestellt werden. Da der Block erheblich kürzer ist als der Durchmesser der Säge, haben sich die Arbeiter ein Werkzeug konstruiert, mit dessen Hilfe der Block vorwärts geschoben und nach beendetem Schnitt zurückgezogen wird, ohne daß die Hand in die gefährliche Nähe der Säge kommt. Ein anderes Hilfsmittel hat der Fabrikinspektor in einer Uhrenfabrik angetroffen. Dort hat sich der Arbeiter zum Abrichten der kurzen Holzuhrschilder einige tellerförmige, oben mit einem Handgriff versehene Deckel angefertigt, die auf das Arbeitsstück gelegt werden, welches nun ohne Gefahr über die Maschine geführt werden kann.

Der Umstand, daß im Berichtsjahr mehrere Fälle von Milzbrand wahrgenommen wurden, gab der Fabrikinspektion Veranlassung zu einer eingehenden Untersuchung. In zwei Fällen handelte es sich um Übertragung der Keime durch Gerbereiabwässer auf weidendes Vieh; doch wurden auch Menschen von der Krankheit befallen, und zwar Arbeiter in Roßhaarspinnereien. Diese Fälle sind um so interessanter, als hier das Material den Bundesratsvorschriften entsprechend behandelt worden war. Da die festgepreßten Ballen, ohne auseinander genommen zu werden, in den Apparat kamen, lag die Vermutung nahe, daß der strömende Wasserdampf den Ballen nicht genügend durchdrang, um die Milzbrandsporen binnen einer halben Stunde abzutöten. Die Fabrikinspektion hat deshalb Versuche mittels eines elektrischen Thermometers und einer Kapsel mit Schmelzeinlage angestellt, die in das Innere der Ballen eingebracht und mit einer elektrischen Klingel außerhalb des Desinfektionsapparats verbunden ist. Die Schmelzeinlage schmilzt bei 103 Grad Celsius. Nachdem das Thermometer eine Temperatur von 103 Grad erreicht und das Manometer den erforderlichen Überdruck angezeigt hatte, dauerte es noch eine Viertelstunde, bis die Klingel ertönte. Daraus ergab sich, daß bisher stets eine Viertelstunde zu kurz desinfiziert worden war. Die halbstündige Desinfektionsdauer darf erst vom Ertönen der Klingel ab gerechnet werden. In einer anderen Roßhaarspinnerei, wo ebenfalls mehrere Milzbrandfälle, darunter ein tödlicher, vorkamen, war neben anderen vorhandenen Mängeln auch ein zu kleiner Apparat im Gebrauch, bei welchem die Ballen vor der Desinfektion umgepackt werden mußten, und wobei die Gefahr bestand, daß wegen der zu umständlich scheinenden Manipulationen auch gelegentlich ein Ballon undesinfiziert verwendet wurde. Um künftig schneller gegen den Milzbrand vorgehen zu können, hat das Ministerium auf Antrag der Fabrikinspektion zugesagt, den Milzbrand beim Menschen unter die anzeigepflichtigen Krankheiten aufzunehmen.

Die Erfahrungen bei den Milzbrandfällen veranlaßten die Fabrikinspektion zu einer genauen Überwachung der Desinfektionsvorschriften in der Bürstenindustrie des Wiesentals, zumal dort schon öfters Vergehen gegen die geltenden Vorschriften festgestellt worden waren. Die vorgenommenen Revisionen zeigten, daß die Fabrikanten ruhig in dem alten Schlendrian fortgewirtschaftet hatten, ohne sich um die geltenden Vorschriften zu kümmern. Dieses gemeingefährliche Verhalten ist um so strafbarer, als die Herren sich nicht auf Unkenntnis der Vorschriften herausreden konnten, da sie hinreichend belehrt, ermahnt und verwarnt worden waren. Die Fabrikanten gaben aufrichtig zu, daß sie die Desinfektion nur wegen der Kosten und wegen des Fehlens zweckmäßiger Einrichtungen unterlassen hatten. Die Fabrikinspektion stellte Strafantrag, und man hätte meinen sollen, daß diese Verbrecher, die, um ihren Profit zu mehren, die Arbeiter der Gefahr schwerster Erkrankung aussetzen, von der ganzen Strenge des Gesetzes getroffen worden wären. In Wirklichkeit gingen sie aber vollständig frei aus. Der Bericht meldet lakonisch: „Das Verfahren blieb ohne Erfolg, da nach Abschluß der von der Staatsanwaltschaft veranlaßten Erhebung die Strafverfolgung verjährt war." Hoffentlich nehmen die Arbeitervertreter im badischen Landtag diesen diensteifrigen Staatsanwalt ein wenig unter die Lupe, der so intensiv untersucht, daß darüber die Frist für die Anklageerhebung verstreicht.

Die Bürstenfabrikanten des Wiesentals scheinen geradezu eine Verschwörung gegen den Gesundheitsschutz ihrer Arbeiter gebildet zu haben. Offenbar um der Behörde eine Nase zu drehen, haben sie schließlich beschlossen, eine gemeinsame Desinfektionsanstalt in Schönau oder Todtnau zu errichten. Getan haben sie aber nichts in der Richtung. Und als dann endlich der Fabrikinspektor eine Besprechung der Angelegenheit veranlaßte, da stellte sich heraus, daß sie an die Ausführung ihres Beschlusses gar nicht dachten; jetzt wollte vielmehr jeder selbst sein Material desinfizieren. Nunmehr nahm der Fabrikinspektor die Sache energisch in die Hand, und die Firmen entschlossen sich endlich zur Aufstellung von Dampfdesinfektoren, deren Einrichtung und Handhabung im Bericht des näheren beschrieben wird. Es geht übrigens daraus nicht deutlich hervor, ob die Apparate nun wirklich überall angeschafft und auch tatsächlich benutzt werden.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Garmisch-Partenkirchen, Grünstadt i. Pfalz, Hof i. B., Liegnitz, Rastenburg (Alb. Conrad), Stolp in Pommern (W. E. Merkel), Tann an der Rhön, Wildbad i. Schwarzwald, Zeulenroda (May) und Arnheim in Holland (Munk);

Drechslern nach Allendorf a. d. Werra, Cüstrin (Jahn), Liegnitz (Besser);

Modelltischlern nach Mannheim (Brown, Boveri & Co.), Frankenthal (Pfalz);

Stellmachern und Tischlern nach Gotha (Waggonfabrik), Lemgo in Lippe;

Korbmachern nach Düben, Eisleben, Grimma (Tretbar), Hamburg, Wulsdorf;

Sägern nach Allach bei München (Kirsch & Söhne);

Kistenmachern nach Bünde i. Westfalen;

Knopfmachern nach Gardelegen;

Stuhlmachern, Tischlern und Polierern nach Schwallungen a. d. Werra (Heller & Komp.);

Vergoldern nach Magdeburg (Gruhl), Lipto-Malusina in Ungarn.

Dieses Milzbrandkapitel ist äußerst lehrreich; es beleuchtet scharf die Arbeiterfreundlichkeit der Fabrikanten und die Fürsorge, die sie ihren Arbeitssklaven zuteil werden lassen. Gerade die Bürstenarbeiter im Wiesental haben eine Belehrung hierüber dringend nötig. Noch stehen sie der Organisation recht gleichgültig gegenüber, und das ist auch wohl der Hauptgrund, daß sich die Unternehmer erlauben können, die Schutzvorschriften für die Arbeiter in der geschilderten Weise zu verhöhnen. Die Desinfektionsvorschriften werden auch im Wiesental nicht eher gründlich durchgeführt werden, als bis die Kollegen selbst mittels der Organisation für die Überwachung der Durchführung Sorge tragen.

Innungen in der Holzindustrie.

I.

b. Nachdem wir in zwei Artikeln die Bedeutungslosigkeit der Innungen im allgemeinen für das deutsche Wirtschaftsleben und für die Rettung des Handwerks dargelegt haben, obliegt es uns auch, von der öfters erwähnten amtlichen Veröffentlichung das Material zusammenzustellen, das uns ein Urteil über die Innungen in der Holzindustrie ermöglicht. Da kommen wir freilich für die Schreiner zu Urteilen, die einigermaßen von dem Gesamturteil abzuweichen haben, das wir nach reiflicher Überlegung in den früheren Artikeln abzugeben hatten. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Tischlermeister zu denjenigen gehören, bei denen das Innungswesen viel stärker entwickelt ist als bei den meisten übrigen handwerksmäßigen Berufen. Wenn wir die Hauptzahlen hier angeben, so finden wir bei den Fachinnungen die Tischlermeister mit 134 Zwangsinnungen und 13 985 Mitgliedern, ferner mit 272 freien Innungen mit 7187 Mitgliedern, zusammen somit 406 Tischlerfachinnungen mit 21 172 Mitgliedern, deren Zahl somit bei 168 verschiedenen Gewerben mit Innungen bloß von ganz wenigen, nämlich von vier, übertroffen wird, so von den Schuhmachern mit rund 52 000 Mitgliedern, von den Schneidern mit über 45 000, von den Fleischern und Bäckern mit je mehr als 41 000 Mitgliedern. Wenn wir die Gewerbe betrachten, die eine größere Zahl von Innungsmeistern aufweisen als die Tischlerei, so müssen wir beachten, daß es sich um Gewerbe handelt, an denen zwar die wirtschaftliche Entwicklung durchaus nicht achtlos vorübergegangen ist, in denen aber die Wirkungen der industriellen Revolution, wenn wir von den Friseuren vielleicht absehen, am wenigsten stark in Erscheinung getreten ist. Wir besitzen wohl große Wurstfabriken, dann die bedeutungsvollen städtischen Schlachthöfe als wichtige Erscheinungen des Großbetriebs, aber der eigentliche Fleischereibetrieb im Verkehr mit der Kundschaft unterscheidet sich nur wenig von der mittelalterlichen Form der Metzgerei. In der Bäckerei besitzen wir große Brotfabriken, nicht zuletzt die der Konsumvereine, aber die Herstellung des Brotes, insbesondere des Weißgebäcks, ist fast ausnahmslos alter handwerksmäßiger Betrieb. Anders liegt es freilich in der Schuhmacherei, wo in unglaublich kurzer Zeit eine gewaltige Revolutionierung des Gewerbes stattgefunden hat, während in der Schneiderei die Hausindustrie (Konfektion) dieselbe Wirkung ausübt wie die Fabrik in der Schuhmacherei. Hier wirken aber noch die alten Erinnerungen an das Handwerk und eine starke Zersplitterung der Betriebe, die als Kundenwerkstätten, orthopädische Schuhmachereien, Reparaturhandwerke usw. ihr Dasein fristen. Es ist also wohl erklärlich, daß diese Gewerbe mehr Innungsmeister aufweisen als die Schreinerei. Man muß auch beachten, daß die vier erwähnten Gewerbearten fast doppelt so viele Innungsmeister besitzen als die Tischlerei, die damit schon beweist, daß sie stark abrückt von der handwerksmäßigen Form und den von alters hergebrachten, heute aber überlebten Organisationsbedürfnissen des Handwerks.

Von den Tischlerinnungen hatten 88 14 und weniger Mitglieder, 148, die größte Zahl, hatte je 15 bis 29 Mitglieder, dann 74 je 30 bis 49 Mitglieder, 58 50 bis 99 Mitglieder, 25 100 bis 199 Mitglieder, endlich bloß 13 200 und mehr Mitglieder. Wenn wir auch sicherlich die Mitgliederzahl einer Unternehmerorganisation ganz anders einzuschätzen haben wie die der Arbeiterorganisationen, so müssen wir doch diese angeführten Zahlen als wenig imponierend ansehen. Wir tun dies, obgleich wir niemals so unklug sein wollen, die Bedeutung unserer Gegner zu unterschätzen, ja lieber als kluge Kämpfer, denen man freilich keine Furcht nachsagen kann, damit zu rechnen, daß man den Feind eher höher als zu gering bewerten soll. Wo Zwangsinnungen herrschen, liegen die Verhältnisse einfach, da sind so viel Meister organisiert, als auf Grund des Innungsgesetzes als organisationsfähig zu betrachten sind. Deshalb ist es von Wichtigkeit, festzustellen, daß mehr als zwei Drittel aller Tischlerinnungen freie Innungen sind, und daß diese über eine kläglich geringe Zahl von Mitgliedern verfügen. Während die durchschnittliche Anzahl der Mitglieder einer Zwangsinnung über 100 beträgt, so ist in der freien Innung, wo der Zwang zur Organisation fehlt, die durchschnittliche Mitgliederzahl noch nicht 27. Es ist deshalb anzunehmen, daß fast alle Innungen, die 30 und mehr Mitglieder zählen, Zwangsinnungen sind, während die Innungen mit 30 und weniger Mitgliedern fast ausnahmslos zu den freien Innungen gehören dürften. Trotz der geringen Anzahl der Mitglieder der freien Innungen, die nur etwas mehr als die Hälfte der Mitglieder der Zwangsinnungen ausmachen, haben die freien Innungen mit 6128 Lehrlingen fast ebensoviel wie die Zwangsinnungen, in denen 8309 Lehrlinge nachgewiesen wurden. Daß die freien Innungsmeister, die fast auf jeden Meister einen Lehrling haben und auf 2 Gesellen einen zählen, in höherem Maße als Lehrlingszüchter erscheinen als die Mitglieder der Zwangsinnungen, braucht somit nicht weiter auseinandergesetzt zu werden. Doch seien die Zahlen noch nebeneinandergestellt. Es kamen bei

13 985 Zwangsinnungsmeistern 37 983 Gehilfen und 8309 Lehrlinge,

7 187 freien Innungsmeistern 12 324 Gehilfen und 6128 Lehrlinge.

Wenn wir die Sache noch augenscheinlicher machen wollen, so ergibt sich nachstehendes Bild. Auf je 1000 Mitglieder

der Zwangsinnungen kamen 2716 Gehilfen und 594 Lehrlinge,

der freien Innungen kamen 1773 Gehilfen und 853 Lehrlinge,

also mehr Lehrlinge und weniger Gehilfen auf den Meister der freien Innung.

Man würde sich reichlich irren, wenn man bei unseren Innungsmeistern wirklich Gemeinsinn, tatsächliche Opferfreude für die Allgemeinheit erwarten wollte. Jeder organisierte Kollege bringt größere wirtschaftliche Opfer für seine Kameraden als die Innungsmeister. Die Summen, die sie insgesamt aufbringen, sind auch alles andere als imponierend. Im Jahre 1904, über das die Enquete des Arbeitsstatistischen Amtes so ausführlich berichtet, wiesen die Tischlerinnungen 182 227 Mk. Einnahmen und 135 368 Mk. Ausgaben aus. Von den Ausgaben kamen im Durchschnitt auf ein Mitglied der Zwangsinnungen 6,63 Mk., auf ein Mitglied der freien Innungen 5,94 Mk. Das Vermögen aller Tischlerinnungen war am 1. Januar 1905 191 604 Mk., davon kamen im Durchschnitt auf ein Mitglied der Zwangsinnungen 6,42 Mk., auf ein Mitglied der freien Innungen 14,17 Mk.

Mit den angeführten 21 172 Mitgliedern der Tischlerfachinnungen ist aber die Zugehörigkeit der Tischler zu den Innungen überhaupt nicht erschöpft. Wir finden sie, abgesehen von den gemischten Innungen für mehrere verschiedene Gewerbe und den Innungen für sämtliche Gewerbe, die aber insgesamt in ganz Deutschland nur rund 57 000 Mitglieder zählten, vielfach auch in den Innungen verwandter Gewerbe, so in den 342 Innungen der Tischler, Stellmacher, Böttcher und Drechsler, welche Innungen 10 564 Mitglieder insgesamt zählen. Weiter finden wir Schreinermeister in den 77 Innungen der Tischler, Glaser und Drechsler mit zusammen 1929 Mitgliedern. Erwähnt seien hier gleich noch die 171 Innungen der sonstigen Holzverarbeitung mit 6363 Mitgliedern und 86 Innungen der sonstigen Holz- und Glasverarbeitung mit 2892 Mitgliedern. Auf die Verhältnisse dieser Innungen verwandter Gewerbe glauben wir nicht näher eingehen zu sollen, sie zeigen noch kläglichere Verhältnisse als die Innungen der einzelnen Fachberufe.

(Schluß folgt.)

Zur Lage der Holzarbeiter in der photographischen Branche.

O. M. Die Dresdener Sektionsleitung hat es unternommen, eine Statistik über die Verhältnisse der in unserer Branche beschäftigten Kollegen aufzunehmen. Zu diesem Zwecke wurden Ende vorigen Jahres an die in Betracht kommenden Orte Fragebogen versandt, deren Ergebnis nachstehend mitgeteilt sei. Es gingen Mitteilungen ein aus 13 Orten mit 35 Werkstätten und 601 Beschäftigten. Die Geschäftslage war im allgemeinen wenig günstig, nur aus Jena und Freiberg wurde berichtet, daß der Geschäftsgang gut sei. In Hannover und Wandsbeck bestehen korporative Arbeitsverträge. Außerdem sind in Dresden, Berlin und einigen anderen Orten insgesamt 10 Tarifverträge in Kraft, die je für ein Geschäft gelten.

Über die Verhältnisse an den einzelnen Orten unterrichtet die nachstehende Tabelle. (Siehe dritte Spalte oben.)

Ort	Zahl der Betriebe am Ort	Zahl der insgesamt beschäftigten Holzarbeiter	Wöchentliche Arbeitszeit	Durchschnittlicher Wochenverdienst	Durchschnittlicher Stundenlohn bei Lohnarbeit	Es wird vorherrschend gearbeitet in Akkord	in Lohn	in Betrieben	Organisationsstand: Holzarbeiterverb.	Hirsch-Duncker	Christliche	Ist bei Akkordarbeit Lohn garantiert?	Ueberstundenzuschlag
Dresden	9	181	52	25,97	52	8	1	151	8	3	Nein	15 %	
Görlitz	7	111	57	21,24	43	7	—	102	3	3	Ja	20 %	
Berlin	3	62	52	30,—	60	2	1	60	2	—	Nein	—	
Furtwangen	1	11	59	22,—	42	1	—	5	—	—	Ja	25 %	
Jena	1	60	48	28,80	47½	1	—	21	11	—	Ja	25 %	
Rabenau	2	40	53	26,31	45	2	—	39	—	—	Ja	20 %	
Marienberg	3	30	64	15,—	28	3	—	2	—	—	Nein	—	
Freiberg	2	37	59¼	18,50	30	2	—	32	—	—	Nein	10 %	
Leipzig	2	10	54¼	30,50	55	2	—	10	—	—	Ja	33⅓ %	
Hannover	2	13	54	30,—	52	1	1	12	—	—	Ja	23 %	
Mulda	1	28	59	17,—	28	1	—	10	—	—	Nein	—	
Heilbronn	1	13	56	24,—	41	1	—	7	—	—	Ja	20 %	
Wandsbeck	1	5	52½	33,—	57	1	—	3	—	—	Ja	20 %	
	35	601	55⁷/₁₃	26,332	44¼	32	3	459	24	6			

Die photographische Branche ist in der Hauptsache auf den Export angewiesen. Als der neue Zolltarif auf die Tagesordnung kam, machte sich eine nervöse Hast bemerkbar; die Produktion wurde ins Unerhörte gesteigert und alle Magazine des Auslandes wurden vollgepfropft. Die Finanzkrisis anläßlich des Burenkrieges wurde dabei noch leicht überwunden. Größere Störungen bereitete schon der Russisch-Japanische Krieg, denn Rußland war wohl der bedeutendste Abnehmer. Als aber der Zolltarif in Wirksamkeit trat, brach die Krisis mit allen ihren Begleiterscheinungen herein. Nach den eingesandten Fragebogen trat eine Vermehrung des Arbeiterstandes nur in Jena (um 4) und in Rabenau (um 6) ein. Dagegen wurde in einer Reihe von Orten die Zahl der Beschäftigten sehr erheblich vermindert. So in Leipzig um 7, in Mulda um 8, in Heilbronn um 10, in Berlin um 21, in Görlitz um 22 und in Dresden gar um 57. Seither ist in der rückläufigen Bewegung kein Stillstand eingetreten. Aus Breslau, München und Stuttgart wird mitgeteilt, daß dort die Branche gar nicht mehr vorhanden sei. Eine Abwanderung der Industrie in andere Orte hat aber nicht stattgefunden, der Rückgang ist vielmehr ein allgemeiner.

Nicht uninteressant ist es, daß auch durch diese Arbeit der Beweis erbracht wird, daß schlechte Organisation, lange Arbeitszeit, geringer Lohn, und wie die schönen Dinge alle heißen, immer unter einem Dache wohnen.

Welche Aussichten eröffnen sich für die Zukunft? Eine Nachfrage bei einigen Händlern ergab, daß der Verbrauch von Platten und Papier ganz bedeutend zurückgegangen ist; das bedeutet, daß die Amateurphotographie im Rückgang begriffen ist. Ob dieselbe sich bereits überlebt hat, oder ob sie durch neue Erfindungen sich wieder zu ihrer früheren Periode erhebt, wer mag das wissen.

Immerhin ist anzunehmen, daß der normale Bedarf über die jetzige Produktion hinausgeht und sich daher ganz besonders die Auslandsmagazine leeren müssen. Hier entsteht nun die große Frage, kann Deutschland trotz des hohen Zolles noch weiter exportieren, oder entwickelt sich die Industrie des Auslandes unter dem Schutze des hohen Einfuhrzolles derartig, daß der deutsche Export überflüssig wird? Ist letzteres der Fall, dann hat die deutsche Agrarpolitik wieder einen ehedem blühenden Industriezweig vernichtet.

Was haben die Unternehmer gegen diese Zollpolitik unternommen? Nein gar nichts. Zusammengeschlossen haben sie sich allerdings, aber sie kämpfen nicht gegen die verderbliche Wirtschaftspolitik, sondern sie versuchen die Arbeiter niederzuhalten. Ihre parlamentarischen Vertreter waren es, welche uns den Hungerzoll beschert haben, der die Preise aller Lebens- und Bedarfsartikel bis zur Unerschwinglichkeit gesteigert, der das Gewerbe in die Krisis getrieben und uns Arbeitsgelegenheit und Existenzmöglichkeit geraubt hat. Das ist die Konsequenz der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Deren schädliche Wirkungen können wir nur abschwächen, wenn wir unablässig an dem Ausbau unserer Organisation arbeiten.

Soziales.

Die Lebenshaltung der deutschen und englischen Arbeiter.

Die deutschen Arbeiter sind ein recht undankbares Volk. Trotz des Segens, der sich in Gestalt von Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsrenten alljährlich über sie ergießt, trotz der großen Summen, welche die Unternehmer freiwillig für „Wohlfahrtszwecke“ ausgeben — die „Kölnische Zeitung“ brachte kürzlich eine Notiz, nach welcher in der Zeit von 1898 bis 1905 genau 551 599 586 Mk. von den Unternehmern für Fürsorgeeinrichtungen für ihre Arbeiter und Angestellten geopfert wurden —, sind die Arbeiter nicht zufriedenzustellen. Sie kennen keine Dankbarkeit gegen ihre „Brotgeber“, sie pfeifen auf die „Wohltaten“, die ihnen gewährt werden, und sind unermüdlich im Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit und nach Erhöhung ihrer Löhne. So ungefähr malt sich die deutsche Arbeiterschaft in den Köpfen derer, die sie nur aus der Darstellung kennen, welche die Soldschreiber der Kapitalisten von der Arbeiterbewegung geben.

Daß das Streben nach einer höheren Lebenshaltung eminent kulturfördernd ist, daß die soziale Hebung der Arbeiterklasse den Nationalwohlstand auf das günstigste beeinflussen würde, das können und wollen jene Kurzsichtigen nicht begreifen. Da wird geklagt über die Begehrlichkeit der Massen, über den wachsenden Luxus der arbeitenden Klassen, unbekümmert darum, daß die durchschnittliche Lebenshaltung der deutschen Arbeiter weit hinter der ihrer Kameraden in anderen Ländern zurückbleibt. Der Segen der deutschen Sozialpolitik und die zusammengeschwindelten Millionen, die angeblich von den Unternehmern für die Wohlfahrt ihrer Arbeiter gespendet werden, verlieren ihren Glanz, wenn man die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Deutschland mit der der englischen Arbeiter vergleicht.

Ein solcher Vergleich liegt jetzt vor in Gestalt eines offiziellen Berichtes, den das englische Handelsministerium über seine Untersuchungen der Lage der englischen und deutschen Arbeiter veröffentlicht hat. Das Werk behandelt die Lebens-

und Arbeitsverhältnisse der Industriearbeiter in 33 deutschen Städten mit insgesamt 9 Millionen Einwohnern. Die Untersuchung erstreckt sich nicht auf alle Arbeiter, sondern es sind nur die Bauarbeiter, die Metall- und Maschinenarbeiter und die im Druckergewerbe und den verwandten Industrien beschäftigten Arbeiter in Betracht gezogen und deren Verhältnisse mit denen der Arbeiter in den gleichen Industriegruppen Englands verglichen worden; ein Vergleich, der sehr zuungunsten der deutschen Arbeiter ausfällt.

Betrachten wir die Arbeiterbudgets im einzelnen, dann finden wir, daß der deutsche Arbeiter durchschnittlich 23 Prozent mehr Miete zahlt als der englische, und für Nahrung und Heizung muß er 18 Prozent mehr ausgeben. Den höheren Ausgaben des deutschen Arbeiters steht aber ein geringerer Verdienst gegenüber; der wöchentliche Geldlohn des deutschen Arbeiters verhält sich zu dem des englischen wie 83 zu 100. Der Wochenlohn des deutschen Arbeiters ist geringer, trotzdem oder richtiger, weil seine Arbeitszeit länger ist; das Verhältnis der wöchentlichen Arbeitsstunden des deutschen und des englischen Arbeiters ist wie 111 zu 100. Daraus folgt, daß der deutsche Arbeiter einen weit geringeren Stundenlohn hat, er verdient pro Stunde 25 Prozent weniger als sein englischer Kollege.

Faßt man das zusammen, dann ergibt sich, daß der deutsche Arbeiter 17 Prozent weniger Lohn hat als der englische; um diesen zu erzielen, muß er 11 Prozent länger arbeiten, dagegen hat er für seine Lebensbedürfnisse 23 Prozent mehr zu bezahlen. Der deutsche Arbeiter steht also ganz bedeutend ungünstiger als sein englischer Kollege. Aber nicht nur, daß er bei längerer Arbeitszeit und niedrigerem Lohne höhere Aufwendung für Wohnung, Nahrung und Heizung machen muß, auch die Qualität der Lebensbedürfnisse steht hinter der englischen zurück. So wohnt zum Beispiel der englische Arbeiter in der Regel in einem Einfamilienhaus mit 4 bis 5 Zimmern, während dem deutschen Arbeiter meist nur 2 bis 3 Zimmer in der Mietskaserne zur Verfügung stehen.

Diese Angaben sind die Resultate sorgfältiger Untersuchungen, und ihre Richtigkeit kann nicht bezweifelt werden. Die deutschen Arbeiter können daraus lernen, daß sie noch große Anstrengungen machen müssen, um eine Lebenshaltung zu erreichen, die wenigstens der der englischen Arbeiter entspricht, welche man keineswegs als übertrieben opulent bezeichnen kann. Die Arbeit der Gewerkschaften bewegt sich in dieser Richtung, und von der Verfolgung unseres Zieles dürfen wir uns weder durch wohltätige Bettelsuppen noch durch den Hinweis auf die Leistungen auf Grund der Arbeiterversicherungsgesetze abhalten lassen. Ganz abgesehen von der Geringfügigkeit der auf den einzelnen fallenden Renten und von der Tatsache, daß die Mittel der verschiedenen Versicherungszweige direkt oder indirekt von den Arbeitern selbst aufgebracht werden, darf man über der Fürsorge für den kranken und arbeitsunfähigen Arbeiter nicht des berufstätigen Arbeiters vergessen. Wichtiger als das Heilen der Schäden ist es, zu verhindern, daß solche eintreten. In diesem Sinne wirken die Gewerkschaften, wenn sie für kurze Arbeitszeit und hohe Löhne eintreten. Und daß sie in Deutschland noch viel zu leisten haben, das beweist der Vergleich der Lebenshaltung des deutschen und des englischen Arbeiters.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag wird vom Parteivorstand auf den 13. September nach Nürnberg einberufen. Auf der Tagesordnung stehen außer den regelmäßig wiederkehrenden Punkten unter anderem: „Die Sozialpolitik und der neue Kurs", Berichterstatter Molkenbuhr, und „Die Reichsfinanzreform", Berichterstatter Singer.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Gemäß § 87 des Statuts geben wir hierdurch bekannt, daß nach den vom Verbandstag in Stettin und von der Zahlstelle Stuttgart vorgenommenen Wahlen der Verbandsvorstand aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt ist:

Theodor Leipart, Drechsler, erster Vorsitzender,
Wilhelm Schneegaß, Tischler, zweiter Vorsitzender,
Fritz König, Tischler, Hauptkassierer,
Gustav Becker, Tischler, Sekretär,
Hermann Pappe, Tischler, Sekretär,
Georg Rauscher, Klaviermacher, Beisitzer,
Wilhelm Rapp, Tischler, Beisitzer,
Johann Henne, Tischler, Beisitzer,
Hermann Müller, Klaviermacher, Beisitzer,
August Köppe, Tischler, Beisitzer,
Fritz Tausch, Tischler, Beisitzer.

Der neugewählte Sekretär Kollege Pappe wird sein Amt erst in einigen Wochen antreten können, da der Posten des Gauvorstehers in Erfurt zunächst neu besetzt werden muß.

Alle Sendungen für den Verbandsvorstand sind fortab an die Adresse

Theodor Leipart, Stuttgart, Adlerstraße 43,

alle Geldsendungen für die Hauptkasse an

Fritz König, Stuttgart, Adlerstraße 43,

zu adressieren.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 30. Wochenbeitrag für die Woche vom 19. bis 25. Juli fällig geworden.

Wir erinnern die Lokalverwaltungen nochmals daran, daß durch das Inkrafttreten des neuen Reichsvereinsgesetzes die bisher in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Landesgesetze über das Versammlungs- und Vereinsrecht ihre Geltung verloren haben, so daß auch der in unserem Handbuch für die Verbandsfunktionäre enthaltene Führer durch die vereinsgesetzlichen Bestimmungen nicht mehr den Verhältnissen entspricht. Die darin gegebenen Anweisungen betreffend Anmeldung der Versammlungen, Einreichung der Statuten und des Mitgliederverzeichnisses usw. werden hiermit aufgehoben. Das neue Vereinsgesetz legt nur den politischen Vereinen die Pflicht zur Einreichung des Statuts und des Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder auf, wie es auch nur für politische Versammlungen die Anzeige bei der Polizeibehörde respektive die öffentliche Bekanntmachung vorschreibt. Da unser Verband kein politischer Verein ist und die Mitgliederversammlungen unserer Zahlstellen auch keine politischen Versammlungen sind, so haben die Lokalverwaltungen keinerlei Meldungen und Anzeigen an die Polizeibehörden mehr zu erstatten. Auch öffentliche Holzarbeiterversammlungen, welche „zur Erörterung von Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit" abgehalten werden, brauchen nach dem § 6 Absatz 3 des neuen Gesetzes nicht angemeldet werden.

Sollte an diesem oder jenem Orte die Polizeibehörde noch die Anmeldung der Versammlungen oder die Einreichung des Mitgliederverzeichnisses verlangen oder einer Zahlstelle irgendwelche sonstige Beschränkungen oder Verpflichtungen auferlegen wollen, so ist jeder derartige Versuch, weil nunmehr ungesetzlich, sofort mit ganzer Entschiedenheit zurückzuweisen, auch wenn die Polizeibehörde im Festhalten an seitherigen Gewohnheiten noch so sehr auf ihrem Verlangen bestehen sollte.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstags in Stettin befindet sich im Druck. Es wird wieder zum Preis von 20 Pf. pro Exemplar abgegeben. Wir ersuchen die Lokalverwaltungen, ihre Bestellungen baldigst an uns einzusenden.

An die reisenden Mitglieder müssen wir das Ersuchen richten, bei Ankunft in einer Zahlstelle nicht in die Wohnung des Bevollmächtigten, sondern zur Herberge zu gehen und aus dem daselbst aushängenden Verbandsplakat die Adresse des Auszahlers der Reiseunterstützung sowie dessen Sprechzeit zu entnehmen. Die Klagen der Bevollmächtigten, daß sie durch den Zulauf der Reisenden sowohl beim Hauswirt als beim Arbeitgeber geschädigt würden, mehren sich derart, daß wir die reisenden Mitglieder dringend bitten müssen, obige Vorschrift in Zukunft strikte zu befolgen.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 6. Juli: Swinemünde 20 Pf.; ab 13. Juli: Bubenheim 15 Pf., Gardelegen 20 Pf., Lennep 10 Pf.; ab 1. August: Wetzlar 5 Pf.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

105034 Wilh. Kappes, Tischler, geb. 23. 5. 72 zu Wiesbaden.
259787 Artur Heinitz, Maschinenarb., geb. 27. 5. 87 zu Marbach.
264741 Karl Peters, Tischler, geb. 14. 8. 62 zu Oranienburg.
274095 Wilh. Stollfuß, Stellm., geb. 14. 1. 76 zu Jagow.
281066 Heinr. Knönen, Tischler, geb. 9. 5. 87 zu Herford.
289127 Edm. Möller, Tischler, geb. 12. 8. 81 zu Mellenbach.
300814 Otto Wolff, Tischler, geb. 3. 2. 78 zu Stargard.
313821 Paul Dräger, Tischler, geb. 6. 10. 79 zu Czernikow.
368394 Fr. Grund, Tischler, geb. 25. 5. 86 zu Hoyerswerda.
[illegible] Anton Pilz, Tischler, geb. 6. [illegible] zu [illegible]
[illegible] Peter [illegible], Tischler, geb. 2[illegible]. 5. 60 zu Sagkobing.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Möbelpolierer.) Am 25. Juni fand eine Branchenversammlung statt, in der der Delegierte der Branche, Kollege Schreiber, eingehenden Bericht vom Verbandstag in Stettin erstattete. Derselbe erläuterte speziell die Punkte Vorstandsbericht, Maifeier, Verlegung des Sitzes des Hauptvorstandes, Anträge und die Vertragspolitik des Verbandes. An der letzteren speziell haben auch die Möbelpolierer ein großes Interesse, indem bei künftig zu schließenden Verträgen unter allen Umständen versucht werden muß, Minimallöhne für dieselben festzusetzen. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärten sich die Versammelten mit den Beschlüssen des Verbandstags einverstanden, erwarten aber bei künftigen Vertragsabschlüssen mehr Berücksichtigung der Interessen der Möbelpolierer. Der Arbeitsmarkt in Berlin ist für die Polierer immer noch trostlos; waren doch in der letzten Woche auf dem paritätischen Nachweis immer noch 628 Kollegen als arbeitslos eingeschrieben; an eine Besserung ist also vorläufig nicht zu denken. Wir möchten die Kollegen im übrigen Deutschland in ihrem eigenen Interesse dringend davor warnen, nach Berlin zu kommen, um nicht die Zahl der Arbeitslosen noch mehr zu vergrößern.

Elberfeld-Barmen. (Bürstenmacher.) Wie fast überall, so sind auch hier im Wuppertal die Bürstenmacher in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit am schlechtesten gestellt. Daß wir hier noch nicht so weit gekommen sind, den Herren Meistern trotz der vorjährigen guten Konjunktur Lohnforderungen zu unterbreiten, daran tragen hauptsächlich die Kollegen die Schuld, welche bei den Meistern als die lieben Kinder gelten wollen und trotz aller mündlichen und schriftlichen Agitation noch in keiner Versammlung erschienen sind. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 59 Stunden wird ein Akkordverdienst von höchstens 18 bis 23 Mk. erzielt; sogenannte Spezialisten können den Lohn um ein paar Mark steigern. In Betracht kommen zirka zwölf Betriebe, wovon der größte Hemmschuh der des Herrn Lük ist, welcher mehrere Mädchen beschäftigt bei einem Lohn von 12 bis 14 Mk. Dafür wird aber ein Pensum verlangt, für welches ein Geselle 17 bis 18 Mk. erhält. Diese Leute von dem Zweck und Nutzen der Organisation zu überzeugen, ist uns bisher noch nicht gelungen, und da dieselben auch keiner Versammlungseinladung Folge leisten, so lernt man sie erst nicht einmal kennen. Die Akkordpreise sind sehr verschieden, so wird für Einziehen bezahlt 85 Pf., 90 Pf., 1 Mk., in einer Werkstatt bis 1,20 Mk., für Pechen ohne Ausputzen und Beschneiden 1,80 und 2 Mk. Es kommt auch vor, daß in einer Werkstatt von einem indifferenten Kollegen 50 Kilo Fiber auf 82 Millimeter Länge für 60 Pf. geschnitten werden, wo es doch bald überall 1,50 Mk. dafür gibt. Mit der Beachtung der Bundesratsverordnung sieht es sehr schlecht aus. Kleiderschränke gibt es hier nicht und die Waschvorrichtungen bestehen meistens aus alten schmutzigen Eimern oder auch ähnlichen Gefäßen, welche man höchstens noch mit Kehrichteimern vergleichen kann. Mehr als ein Handtuch gibt es nicht, ob viel oder wenig Arbeiter in einer Werkstatt beschäftigt sind. Das Werkzeug ist meistens auch nicht in bestem Zustand. Darum, Kollegen, rafft euch endlich auf, erwacht aus eurem langen Schlafe und tretet alle dem Deutschen Holzarbeiterverband bei, dann werden auch in unserem Beruf einmal bessere Verhältnisse Platz greifen.

Frankenthal. Die bekannte Firma Hölscher, Modellfabrik, sucht in verschiedenen auswärtigen Zeitungen Modellschreiner. Wir haben jetzt festgestellt, daß daselbst Streikarbeit für die Firma Brown, Boveri & Co. angefertigt wird, nachdem unsere zwei Kollegen hinausgeekelt worden sind. Deshalb ersuchen wir die Modellschreiner, genannte Firma zu meiden. Auch die Stuhlmacher möchten wir auf die Firma Karl Kuch, Stuhllager, aufmerksam machen. Es sind dort im ganzen vier Mann beschäftigt. Auf eine Annonce in der „Holzarbeiter-Zeitung" hin kamen etliche fremde Kollegen nach hier. Herr Kuch glaubte einen jungen Stellmacher mit 30 Pf. Stundenlohn abfertigen zu können. Auch mit dem Gesetz scheint er recht wenig vertraut. Ein Kollege wurde ohne Kündigung entlassen und mußte derselbe erst vor dem Gewerbegericht sein Recht suchen. Daraufhin hat Herr Kuch einen Anschlag in der Werkstatt angebracht, daß bei ihm keine Kündigung mehr stattfindet. In sanitärer Hinsicht läßt die Werkstatt auch viel zu wünschen übrig. Deshalb ersuchen wir die Stuhlmacher, welche gewillt sind, nach Frankenthal zu kommen, erst Erkundigungen bei der Ortsverwaltung einzuziehen.

Landshut. Am 2. Juli tagte hier eine öffentliche christliche Mitgliederversammlung, in der Herr Schopohl aus Danzig referierte, der gerade vom Münchener Verbandstag gekommen war. Natürlich strich er die christlichen Organisationen gehörig heraus, die jetzt Millionen Mitglieder zählen sollen. Nur der Christliche Holzarbeiterverband könne für seine Mitglieder etwas leisten, meinte er, da der rote Holzarbeiterverband ein Bankerottverein ist, der eine Schuld von anderthalb Millionen Mark habe und deshalb keinen größeren Streik mehr aushalten könne. Dieser Schwindel wurde ihm selbst von seinen christlichen Zuhörern nicht geglaubt; ein Mitglied des christlichen Verbandes äußerte, er könne es nicht glauben, daß die Roten so viel Schulden haben, und bat den Referenten um weitere Aufklärung. Das war dem Herrn Schopohl fatal. In seinem Schlußwort ging er stillschweigend darüber hinweg. Dafür fordert er die Mitglieder auf, fleißig zu agitieren, denn jedes neue Mitglied bedeute für den Verband im Jahre 36 Mk.! Für den christlichen Verband ist also das Geld die Hauptsache. — An unsere Mitglieder richten wir die dringende Mahnung, fleißig die Mitgliederversammlungen zu besuchen und dem christlichen Schwindel am hiesigen Orte entgegenzuarbeiten.

Lennep i. Rheinl. Nach früheren mißglückten Versuchen ist es jetzt doch gelungen, hier eine Zahlstelle ins Leben zu rufen. Damit ist eine weitere Station im bergischen Lande für uns errichtet worden. Bisher war es nicht möglich gewesen, die älteren ansässigen Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen, nur eine kleine Schar junger lediger Kollegen mußte die Fahne unseres Verbandes dort hochhalten. Das ist jetzt anders geworden, und der Wahrspruch: „Was lange währt, wird gut", wird sich auch hier bewähren. Die frohe Begeisterung der Kollegen läßt hoffen, daß unser Ziel, alle Kollegen der Organisation zuzuführen, in Lennep bald erreicht wird.

Nakel a. Netze. Am 4. Juni fand hier eine Holzarbeiterversammlung statt, in welcher nach einem Referat des Kollegen Rohland aus Graudenz zur Gründung einer Zahlstelle geschritten werden konnte. In der Versammlung wurde von den Diskussionsrednern zum Ausdruck gebracht, daß es tatsächlich an der Zeit sei, daß sich die Kollegen die Schlafmütze von den Ohren ziehen. Die Arbeitszeit beträgt hier noch 70 Stunden pro Woche und darüber, auch Sonntags wird in manchen Werkstätten gearbeitet. Die Kollegen sind meist in Kost und Logis beim Meister; ist schon die Kost nicht viel wert, so lassen die Logis alles zu wünschen übrig. Und diesen Verhältnissen entsprechen auch die schlechten Löhne. Erfreulicherweise haben sich von den 30 hier beschäftigten Tischlern 26 dem Verband angeschlossen. Wenn die Kollegen treu zur Organisation halten, wird es auch bald möglich sein, eine Verbesserung der Zustände herbeizuführen. Die Arbeit, die uns bevorsteht, ist nicht leicht; insbesondere gilt es, zunächst den Kampf mit dem Schnapsteufel aufzunehmen; wir hoffen aber, auch auf diesem Gebiet Erfolge zu erzielen. Zum Bevollmächtigten der neuen Zahlstelle wurde Kollege Clemens Walkowiak gewählt. Unsere Versammlungen finden alle 14 Tage Sonnabends um 8 Uhr bei Herrn Haupt an der Netze statt.

Rothenburg o. d. T. Nachdem in der am 20. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung Kollege Moll-Ansbach in ausführlicher Weise über die Verhandlungen des Verbandstags berichtet hatte, kamen auch verschiedene Klagen über Mißstände in einigen Betrieben zur Sprache. Hauptsächlich wurde geklagt über das Verhalten des Korbmachermeisters Manzer, der durch unwahre Angaben und Beschuldigungen versucht, die Kollegen aneinander zu hetzen. Daß es ihm dabei passiert, sich selbst als Schwindler entlarven zu müssen, war nur eine notwendige Folge seines Benehmens. Den Lohn, den der Herr von der Firma Heinrichmaier & Wünsch erhält, scheint auch ein recht niedriger zu sein, denn sonst würde es seine Frau nicht nötig haben, beständig für die Firma zu Hause zu arbeiten, trotzdem Arbeitsmangel vorhanden ist und verheiratete Korb-

macher entlassen werden mußten. Das schönste aber ist noch, daß die Werkstattarbeiter die Korbteile, welche die Frau anfertigt, umsonst in die Körbe einsetzen müssen, was natürlich auch noch dem Herrn Meister zugute kommt. Auch werden zurzeit hier Geschoßkörbe angefertigt und verdient Herr Korbmachermeister Vogel das Lob, daß es ihm gelungen ist, die schlechten Löhne, wie sie in Bayern bereits gezahlt werden, noch etwas zu unterbieten. Ein treuer und ebenbürtiger Helfer ist ihm erstanden in der Person des Herrn Friedlein, der den Zeitzer Kollegen noch in liebevoller Erinnerung sein wird. Von einigen Ausnahmen abgesehen, hat sich in den beiden Werkstätten ein Menschenmaterial zusammengefunden, daß die Organisation nur froh sein kann, sie nicht in ihren Reihen zu haben. Dadurch ist es sogar einem Herrn Vogel möglich, mit Arbeitern Schindluder zu treiben. Ein reicher Mann wird er aber dennoch nicht werden, denn von 2000 Stück abgelieferten Körben hat derselbe die Ehre, 700 Stück nachzureparieren, wovon wieder ein Teil völlig unbrauchbar ist.

Schildberg i. Posen. Am 4. Juli wurde hier eine gut besuchte Holzarbeiterversammlung abgehalten, in der Kollege Pacyna-Breslau über das Thema: „Warum müssen sich die Holzarbeiter im Deutschen Holzarbeiterverband organisieren?" referierte. Die Lage der hiesigen Holzarbeiter ist wie in fast allen kleinen Städten Ostelbiens, wo die Organisation noch nicht Fuß gefaßt hat, eine traurige. Eine 11 bis 14stündige Arbeitszeit, niedrige Stundenlöhne wie auch Akkordsätze sind an der Tagesordnung. Die größte hiesige Firma, die in Büde, einem Dorfe in der Nähe, ihre Fabrik hat, beteiligt sich an allen Submissionen und erhält auch des niedrigen Preises wegen in sehr vielen Fällen die Arbeit. Um aber ihren Profit nicht zu schmälern, werden die Akkordsätze bis aufs äußerste reduziert. So werden für Kastenfenster nach Berliner Muster 6,50 Mk., für Balkontüren, zweiflüglig, auch Berliner Muster, 13,50 Mk. bezahlt. Die Kasten müssen hier aufgeschraubt sein. Für Pasquillfenster nach Breslauer Art werden 6 Mk. bezahlt. Bei manchen Stücken sind die Preise um 50 Prozent niedriger wie an anderen Orten. Daß eine Besserung dieser Zustände eintreten muß und nur dadurch erreicht wird, daß die Kollegen dem Deutschen Holzarbeiterverband beitreten, wurde von allen Diskussionsrednern betont. Am Schluß der Versammlung ließ sich auch eine große Anzahl Kollegen aufnehmen. In nächster Zeit wird hier eine Zahlstelle gegründet.

Stuttgart. In der hiesigen Möbelindustrie macht sich die Geschäftsflauheit in ganz außerordentlichem Maße bemerklich, und dabei hat es den Anschein, als ob die Krisis ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat. Trotzdem die hiesigen Kollegen schwer unter dem Arbeitsmangel leiden, kommen fortwährend Fremde hierher, in der Hoffnung, Beschäftigung zu finden. Diese Hoffnung stützen sie auf die Veröffentlichungen des Städtischen Arbeitsamtes, in welchen nicht selten auch offene Stellen für Schreiner angekündigt werden. Tatsächlich ist das Städtische Arbeitsamt die einzige hiesige Arbeitsvermittlungsstelle. Durch den Austausch der Arbeitergesuche mit den übrigen Vermittlungsstellen des Landes und auch durch direkte Anmeldung von auswärts ist es aber in der Lage, Arbeiter auch in auswärtige Arbeitsstellen zu vermitteln, und speziell die offenen Stellen für Schreiner, die gegenwärtig beim Arbeitsamt gemeldet werden, sind durchweg solche auf dem Lande. Da schon öfters Kollegen ihrer Enttäuschung Ausdruck gegeben haben, daß sie auf Grund der Bekanntmachung des Arbeitsamtes hierher gekommen sind, um in Stuttgart Arbeit zu nehmen, und dann erfahren mußten, daß sie nur auf dem Lande untergebracht werden können, teilen wir den Sachverhalt hier mit, um andere vor diesen Enttäuschungen zu bewahren.

Wettin. (Korbmacher.) Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Korbmacher lassen sehr viel zu wünschen übrig. Das ist schließlich auch kein Wunder, wenn man das Organisationsverhältnis derselben in Betracht zieht. Von 20 Kollegen, die auf Grüngeschlagen beschäftigt sind, ist nicht ein einziger organisiert, obwohl von den Zahlstellen Halle und Bernburg schon alles versucht wurde, die fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen. Auch die wenigen am Orte organisierten Kollegen haben sich keine Mühe verdrießen lassen, die indifferenten Kollegen über ihre Lage aufzuklären. Alles vergebens. Der Versuch scheitert stets an der großen Gleichgültigkeit und Lauheit der Kollegen am Orte. Da ist es selbstverständlich, daß die Arbeitgeber die Arbeitszeit und den Lohn diktieren können. Die Arbeitszeit in einer Werkstatt mit 11 Kollegen beträgt täglich 11 Stunden bei einem Wochenlohn von 15 bis 26 Mk. Natürlich wird der letztere Lohn nur von einzelnen sogenannten Wühlern erreicht. Die Kollegen, die sich auf die kleineren Werkstätten verteilen, haben eine tägliche Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden. Auch wird Sonntags regelrecht gearbeitet. Der Lohn bewegt sich hier zwischen 12 und 18 Mk. wöchentlich. Gewiß ein drastischer Beweis dafür, daß überall dort, wo die Arbeitszeit am längsten, auch der Lohn am niedrigsten ist. In der geschlagenen Branche (Reisekörbe, Waschkörbe usw.), die erst seit einigen Jahren hier eingeführt ist und sich immer mehr auszubreiten scheint, sind die Kollegen besser organisiert. Die Arbeitszeit beträgt hier 10 Stunden täglich bei einem wöchentlichen Verdienst von 15 bis 21 Mk. In der „Holzarbeiter-Zeitung" sind nun durch Inserate des öfteren Korbmacher auf Wasch- und Reisekörbe nach hier verlangt worden seitens einzelner Arbeitgeber. Es sind darauf auch eine ganze Anzahl Kollegen nach Wettin gekommen, um aber der bestehenden Mißstände wegen baldigst wieder abzureisen. Auch wird das Material in den Werkstätten nicht zugerichtet. Um nun die Kollegen vor Schaden zu bewahren, haben wir einen Arbeitsnachweis für Korbmacher in Wettin errichtet, und ersuchen wir alle Kollegen, welche nach hier kommen wollen, sich zunächst mit dem Verwalter desselben, dem Kollegen Gustav Marx, Wettin a. S., Aschenberg 255, in Verbindung zu setzen. Die Arbeitgeber sind ebenfalls von der Errichtung des Arbeitsnachweises unterrichtet worden. Wenn alle Kollegen uns in unserem Vorgehen unterstützen, so wird es mit der Zeit möglich sein, die vorhandenen Mißstände zu beseitigen, aber auch die bestehende Organisation nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter auszubauen.

Zeulenroda. Im Hinblick auf die Korrespondenz aus Zeulenroda in Nr. 26 der „Holzarbeiter-Zeitung" sendet uns Herr A. May eine Berichtigung, deren Abdruck er unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes verlangt. Herr May kennt diesen Paragraphen offenbar nicht, denn seine sogenannte Berichtigung entspricht den gesetzlichen Anforderungen in keiner Weise. Wenn wir die Zuschrift trotzdem abdrucken, so geschieht das aus dem Grunde, weil durch sie die Zustände in der Fabrik eine Beleuchtung erfahren, durch welche der Zweck unserer Notiz nur unterstützt wird. Herr May schreibt:

„Es ist Tatsache, daß ich in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" schon seit längerer Zeit tüchtige, nicht zu junge, *möglichst verheiratete Tischlergehilfen suche. Infolge der* steten Vergrößerung meines Betriebs bin ich zu dieser Maßnahme gezwungen. Die Einführung des Akkordsystems wurde allerdings nicht allseitig mit großem Beifall seitens meiner Arbeiter aufgenommen, jedoch mußte ich mich dazu entschließen, einmal, um mit meiner Konkurrenz bezüglich der Preise gleichen Schritt halten zu können, und andererseits, weil in fast sämtlichen Konkurrenzbetrieben dasselbe Akkordwesen besteht. Bei einem so ausgedehnten Betrieb, wie es der meinige ist, müßte ich mehrere Beamte anstellen, die den ganzen Tag kontrollieren, ob auch wirklich flott gearbeitet wird. Bei Einführung des Akkordwesens erübrigt sich dies, weil jeder Arbeiter, wenn er müßig ist und nicht seine Arbeitszeit zum Verdienen verwendet, sich selbst schaden würde. Da ich nun nicht wissen kann, ob ein Arbeiter bei Einführung des Akkordwesens ohne weiteres auskommen würde, so habe ich in entgegenkommender Weise sämtlichen Arbeitern, die auf Akkord arbeiten, den früher bezogenen Stundenlohn garantiert, um so die Arbeiter nicht zu Schaden kommen zu lassen. Es entspricht nicht der Tatsache, wenn behauptet wird, daß ich einem Arbeiter, welcher für eine Arbeit im Akkord 100 Mk. verlangte, 35 Mk. geboten hätte, unwahr ist es auch, daß überhaupt in meiner Firma Lohndifferenzen ausgebrochen seien."

Die „Berichtigung" bestätigt, was wir in unserer Notiz gesagt hatten, und was sie bestreitet, haben wir nicht behauptet. — In der gleichen Angelegenheit wird uns übrigens noch aus Zeulenroda geschrieben: Um die Kollegen vor Enttäuschungen zu bewahren, teilen wir mit, daß Herr May jetzt Akkord einführt, wogegen sich die Kollegen sehr sträuben. Herr May hat durch Anschlag bekannt gegeben, daß er den Lohn „garantieren" will. Aber wenn man den Akkordpreis macht, dann heißt es, wir geben so und so viel und nicht mehr, und das sind meistens solche Preise, daß man Defizit machen muß. Wenn der Arbeiter ein- oder zweimal nicht auf seinen Lohn gekommen ist, so wird er als „Faulenzer" gebrandmarkt und als solcher entlassen. Die Mayschen Arbeiter sind gewillt, mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln diese Lohnregelung in Ordnung zu bringen. Vorläufig ist über diesen Betrieb die Sperre verhängt. Falle daher niemand auf die Mayschen Inserate herein, sondern erkundige sich jeder vor Arbeitsannahme bei dem Bevollmächtigten.

Zweibrücken. Als erfolgreicher Agitator für den Deutschen Holzarbeiterverband hat sich der junge Herr der Firma Jakob Leyser, Hofmöbelfabrik, erwiesen. Bisher waren die Kollegen in diesem Betrieb für die Organisation schwer zugänglich. Von etwa 15 Kollegen waren nur 3 organisiert, trotzdem dort die miserabelsten Löhne bezahlt werden. Seitdem aber Herr Leyser jun. das Zepter schwingt, haben sich die Arbeitsverhältnisse derart verschlechtert, daß auch diese Arbeiter sich auf ihre Menschenwürde besinnen und zum Deutschen Holzarbeiterverband ihre Zuflucht nehmen. In dem Kopfe dieses jungen Herrn spukt nämlich der Reserveoffizier; er glaubt seine Arbeiter behandeln zu dürfen wie Rekruten. Die Löhne in dem Betrieb bewegen sich von 28 bis 36 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden. Die Lohnzahlung erfolgt 14tägig, und zwar nach Feierabend, wobei es nicht selten vorkommt, daß die Arbeiter dreiviertel Stunden auf ihren sauer verdienten Lohn warten müssen. Auch in hygienischer Hinsicht läßt der Betrieb viel zu wünschen übrig. So sind zum Beispiel die Abortverhältnisse recht ungenügende; auch ist keine Waschgelegenheit vorhanden. Schränke zur Aufbewahrung von Kleidungsstücken fehlen ebenfalls. Absaugungsvorrichtungen an den Maschinen kennt man hier nicht. Beim Aufräumen der Werkstätte, wo jeder Mann mithelfen muß, sind die Leute in eine Staubwolke gehüllt, was der Lungen auch nicht gerade zuträglich ist. Bei ausbeutigen Arbeiten ist kein fester Lohnzuschlag vereinbart, der Zuschlag erfolgt willkürlich. Ebenso wird die Wahnzeit nur bezahlt, wenn sie in den Rahmen der normalen Arbeitszeit fällt. So sieht es mit der Ordnung und Pünktlichkeit bei der Firma Leyser aus. Auf der anderen Seite verlangt man aber die peinlichste Befolgung der von H. Leyser jun. angefertigten Arbeitsordnung, die der Hausordnung einer Strafanstalt sehr ähnlich ist. In dieser famosen Arbeitsordnung sticht besonders der § 5 hervor, welcher lautet: „Auf Verlangen des Fabrikinhabers müssen die Arbeiter in dringenden Fällen Überstunden arbeiten, und zwar bis 7 Uhr abends zu gewöhnlichem Lohnsatz, während sie für alle Überstunden nach 7 Uhr einen um 10 Prozent erhöhten Lohn erhalten." Das ist gewiß gut gemeint; die normale Arbeitszeit beträgt 11 Stunden, die 12. Stunde wird nicht als Überstunde berechnet, nur die 13. usw. Organisierten Arbeitern könnte man so etwas überhaupt nicht bieten; deswegen, Kollegen, dir ihr noch fernsteht, hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband, dort werden eure Interessen richtig vertreten; laßt eure Kollegen nicht allein im Kampfe, dann wird auch die Zeit kommen, wo man hier ernstlich daran denken kann, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, wie sie eines modernen Arbeiters würdig sind.

Unsere Lohnbewegung.

In Allach bei München ist der Sägerstreik bei Kirsch & Söhne abgebrochen worden. Nachdem die Firmeninhaber auf Betreiben des bayerischen Industriellenverbandes jedwelche Verhandlungen strikte ablehnten, wurde seitens der Streikenden mit aller Einmütigkeit beschlossen, den Streik aufzuheben. Im Laufe des sieben Wochen dauernden Kampfes ist kein einziger Kollege abtrünnig geworden, dagegen ist es der Firma gelungen, genügend arbeitswillige Elemente aus der Gegend von Hallein (Österreich), sowie aus ihren Werken in Altenau bei Ammergau zu erhalten, die im Betrieb einlogiert und abgefüttert wurden wie in einem Zigeunerlager. Da nirgends in der Umgegend Wohnungen aufzutreiben sind, so werden diese Rausreißer auch baldigst den Schauplatz ihrer arbeiterverräterischen Tätigkeit verlassen müssen. Wie berechtigt dieser Kampf gewesen, geht schon daraus hervor, daß es sich hierbei um Beseitigung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 66 Stunden handelte, und das in einem Betriebe nahe dem Münchener Burgfrieden. Ebensowenig wollte man eine Aufbesserung der Löhne zugestehen, die um mindestens 20 bis 30 Prozent im Durchschnitt niedriger sind als die in den Münchener Sägewerken tariflich *festgelegten Löhne. Kaum glaublich, daß sich noch* Arbeitswillige zu solchen elenden Bedingungen gefunden haben. Solche Vorkommnisse müssen die Sägearbeiter zu gesteigertem Agitationseifer und zur Aufklärungsarbeit unter ihren Berufskollegen anspornen, denn auch hier muß es besser vorwärts gehen in Zukunft.

In Bad Aibling legten die in den Bürstenholzfabriken beschäftigten Gehilfen den Arbeitgebern einen Tarif zur Anerkennung vor, gegen den sich diese strikte ablehnend verhielten, weshalb sämtliche Kollegen ihre Kündigung einreichten. Als die Arbeitgeber den Ernst der Situation erkannten, kam es zu Verhandlungen, und nachdem das Gewerbegericht als Einigungsamt in einigen Fällen Schiedssprüche gefällt hatte, auch zum Abschluß eines drei Jahre dauernden Tarifvertrags. Zu gleicher Zeit wurden auch dieselben Forderungen in der Bürstenfabrik Rosenheim gestellt. Dieser Unternehmer ließ es jedoch auf einen Streik ankommen, der aber schon nach sechstägiger Dauer zur vollen Anerkennung des Tarifs führte. Erreicht wurde Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Stundenlöhne sowie der Akkordsätze, Zuschläge für Überstunden, die Freigabe des 1. Mai und anderes mehr. Damit ist für die Bürstenholzarbeiter ein einheitlicher Tarif mit schönen Errungenschaften erkämpft worden.

In Cüstrin a. O. dauern die Differenzen der Drechsler bei der Firma Jahn fort. Herr Jahn gibt sich alle erdenkliche Mühe, Arbeitswillige zu ergattern. Zwei Kollegen, welche im Gewerkverein der Tischler organisiert sind, hatten dort in Unkenntnis der Sachlage angefangen. Nachdem dieselben über die Verhältnisse aufgeklärt, verließen sie nach fünfstündiger Tätigkeit den Betrieb wieder, so daß Herr Jahn nun der Ruhe weiter pflegen kann. Zuzug bitten wir vor wie nach streng fernzuhalten.

In Garmisch-Partenkirchen dauert der Schreinerstreik nun schon volle sechs Wochen. Die Meister wollen es auf eine große Kraftprobe ankommen lassen, die ihnen aber nicht gelingen wird, da der größte Teil der Holzarbeiter längst über alle Berge ist und die Meister das Nachsehen haben nach ihren tüchtigen Gehilfen. Streikbrecher sind von auswärts noch keine zu verzeichnen; es muß daher andauernd noch der Zuzug von Schreinern und Maschinenarbeitern nach hier strengstens ferngehalten werden.

In Hof in Bayern ist es den Arbeitgebern trotz großer Bemühungen und Versprechungen nicht gelungen, tüchtige Arbeitskräfte zu erhalten; dagegen hat ein großer Teil der durch Veröffentlichung ihrer Namen in der „Fachzeitung" gekennzeichneten Kollegen auswärts Arbeit erhalten, und die Zahl der im Kampfe stehenden Kollegen verringert sich von Woche zu Woche. Selbst aus Orten, die dem Schutzverband angeschlossen sind, wurden wir um Zuweisung von tüchtigen Schreinergesellen ersucht. Die Arbeitgeber treten jetzt an einzelne Streikende heran mit dem Verlangen, aus dem Verband auszutreten. Sie werden aber damit kein Glück haben, und ihr sehnlichster Wunsch, unsere Organisation am Platze zu zerstören, wird zuschanden werden. Die auswärtigen Kollegen ersuchen wir, uns weiter dadurch zu unterstützen, daß sie jeden Zuzug nach Hof fernhalten.

In Langenöls *glaubte die Firma Hainke,* Tisch- und Möbelfabrik, die gegenwärtige Zeit der Krise ausnutzen zu können, um Reduzierungen an den bisherigen Akkordlöhnen vorzunehmen, alte bisher bestandene Preise zu brechen und die für Innehaltung der Tarife eintretenden Kollegen auf die Straße zu werfen. Eine vor mehreren Wochen stattgefundene Verhandlung des Gauvorstehers führte vorläufig zu einem befriedigenden Resultat. Doch allzubald kam es zu neuen Differenzen. Die Streitfragen auf friedlichem Wege beizulegen, hielt Herr Hainke nicht für nötig, er ließ alle diesbezüglich unternommenen Schritte unberücksichtigt, und so mußten denn die Kollegen zur Arbeitseinstellung greifen. Am 20. Juni stellten von 73 in Betracht kommenden Kollegen 69, darunter 6 Gewerkvereinler, die Arbeit ein. Das hatte die erwartete Wirkung. Nach fünftägigem Streik wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Verhandlungen mit der Firm A. Hainke, vertreten durch den Arbeitgeberschutzverband einerseits und den Deutschen Holzarbeiterverband, Gewerkverein sowie einer sechsgliedrigen Werkstattkommission andererseits, waren erfolgreich; die Firma verpflichtete sich zur Anerkennung der bisher bestehenden Akkordlöhne. Von einer allgemeinen Lohnerhöhung mußte diesmal Abstand genommen werden. Doch dieses bald nachzuholen, wird das Ziel der hiesigen Kollegen sein. Und um das recht bald zu verwirklichen, möchten wir schon heute die Kollegen allerwärts ersuchen, bevor sie ihre Schritte nach Langenöls lenken, sich vorher an die Lokalverwaltung zu wenden und hier Erkundigung einholen, damit sie nicht, wie schon so oft, über die hiesigen Verhältnisse arg enttäuscht den Ort verlassen müssen.

In Muskau befinden sich die Tischler und Maschinenarbeiter der Firma Emil Schmidt seit dem 25. Mai im Streik. Die Arbeit wurde am 23. Juni wieder aufgenommen mit der Bedingung, daß im Akkord gearbeitet und danach der Lohn festgesetzt werden sollte. Innerhalb 14 Tagen wurde so mehr erzielt, als erst gefordert war, und die Kollegen sind mit dem Erfolg bei der gegenwärtigen Geschäftslage zufrieden. Im allgemeinen ist der Geschäftsgang hier sehr schlecht; zwei der größeren Betriebe sind im Stillstand, der eine bereits seit einem Jahre und der zweite in Lugknitz seit dem 6. Juli. Die Kollegen mußten hier die Arbeit niederlegen, weil sie keinen Lohn erhielten. Es sind somit wieder 20 Tischler und Maschinenarbeiter brotlos geworden. Es wird ersucht, Muskau möglichst zu meiden; zu näherer Auskunft ist der Bevollmächtigte gern bereit.

In Tann a. d. Rhön ist Herr Roeser, der Inhaber der Tanner Möbelindustriewerke, auf ein originelles Mittel verfallen, um die streikenden Tischler und Maschinenarbeiter einzuschüchtern. Nachdem seine Bemühungen, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, erfolglos waren und die Kollegen sich auch durch die Drohung nicht einschüchtern ließen, daß sie auf Wiedereinstellung nicht zu rechnen haben, wenn sie nicht sofort zur Arbeit zurückkehren,

ließ er durch die Ortsschelle bekanntmachen, daß von den Streikenden keiner mehr eingestellt wird. Diese Bekanntmachung hat natürlich unter den Streikenden viel Heiterkeit erregt. Sie zeigt, daß sich Herr Roeser in ziemlicher Verlegenheit befindet, so daß er wohl bald einsehen dürfte, daß er am besten fährt, wenn er sich mit den Streikenden verständigt.

In Wulsdorf erstreckt sich die Aussperrung, welche durch die Kündigung von 70 Korbmachern eingeleitet wurde, auf folgende Werkstätten: Gebr. Lührssen, Carl Lange, Hermann Lange in Wulsdorf, Barre in Bexhövede und Kairat in Loxstedt. Trotzdem die Arbeitgeber von Donnern, Sellstedt und die Korbmachermeister der Fischkorbbranche von Bremen ebenfalls zu den „Vereinigten Korbmachern" gehören, wurde dort nicht ausgesperrt. Ebenfalls sperrten nicht aus die Nichtvereinigten. Gebr. Lührssen haben in ihrer Cuxhavener Filiale ebenfalls nicht gekündigt. Trotzdem raten wir, nicht nach hier zu kommen. Sollten in den nichtgesperrten Betrieben Leute fehlen, können die Werkstellen von uns leicht besetzt werden. Außerdem können wir auch noch in die Lage versetzt werden, falls diese Herren etwa für die Aussperrenden die Rausreißer machen sollten, die Leute ebenfalls herauszuziehen. Die auswärtigen Kollegen bitten wir darum, uns Mitteilung zu machen, wenn etwa dort jetzt Fischkörbe in Auftrag gegeben werden oder Leute für hier gesucht werden sollten. Von etwa offenen Stellen, besonders für Mattarbeiter, bitten wir ebenfalls uns benachrichtigen zu wollen, damit wir durch Abreise, auch von Verheirateten, die Streikkasse entlasten können. Wir müssen alles aufbieten, den Herren die Aussperrungslust ein für allemal zu verleiden.

Ausland.

In Basel befinden sich die Holzarbeiter in einer Lohnbewegung, die voraussichtlich zum Streik führen dürfte. Es wird deshalb um Fernhaltung des Zuzugs von Schreinern, Drechslern, Maschinenarbeitern und Anschlägern ersucht.

Aus der Holzindustrie.

Der Verband der Holzarbeiter Oesterreichs

hat sich auch im Jahre 1907 gut entwickelt. Die Mitgliederzahl hat sich allerdings nicht in dem gleichen Maße vermehrt als in den letzten Jahren, doch ist in Anbetracht der auch in Österreich herrschenden Krise die Steigerung der Mitgliederziffer von 28 596 im Jahre 1906 auf 31 249 am Schlusse des Jahres 1907 ein Beweis für die Werbekraft unserer Bruderorganisation. In Wirklichkeit ist übrigens die Mitgliederziffer höher, da die Gewerkschaft der Musikinstrumentenmacher in Wien mit 650 und die der Bürsten- und Siebmacher in Graz mit 26 Mitgliedern, welche im Laufe des Jahres dem Holzarbeiterverband beigetreten sind, in der Mitgliederzahl nicht mitgerechnet wurden. Vergleicht man die Mitgliederziffern des österreichischen Verbandes mit denen unserer Organisation, dann erscheinen sie klein, zieht man jedoch in Betracht, daß der Verband im Jahre 1903 erst 8196 Mitglieder zählte, dann kommt der Fortschritt, den der Organisationsgedanken in den letzten Jahren gemacht hat, erst recht zum Bewußtsein.

Naturgemäß liegt die Hauptstärke des Verbandes in Wien; erfreulicherweise breitet sich aber auch die Organisation in der Provinz immer stärker aus. Während im Jahre 1905 noch 50,03 Prozent der Mitglieder in Wien waren, ist dieser Prozentsatz im Jahre 1907 auf 45,10 zurückgegangen, trotzdem die absolute Zahl der Wiener Mitglieder in der gleichen Zeit von 11 680 auf 14 095 gestiegen ist. Diese Verschiebung des Verhältnisses beweist, daß die Organisation in der Provinz rüstig vorwärts schreitet, was im Interesse der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der österreichischen Holzarbeiter nur zu begrüßen ist. Von den einzelnen Kronländern hat Böhmen den besten Organisationsstand; dort sind in 93 Ortsgruppen 6411 Holzarbeiter organisiert.

Der österreichische Verband hat Staffelbeiträge eingeführt in der Weise, daß die Mitglieder in der ersten Klasse mit dem höheren Beitrag Krankenunterstützung erhalten. Es ist nun nicht uninteressant, festzustellen, daß der Andrang zu dieser Klasse mit höheren Beiträgen immer stärker wird. Im Jahre 1905 waren 58,14 Prozent der Mitglieder in der ersten Klasse, im Jahre 1906 schon 62,97 Prozent und im Jahre 1907 stieg der Prozentsatz auf 71,10. Der Verbandsvorstand bemerkt dazu in seinem Bericht, daß, wenn sich das Verhältnis so weiter entwickelt, in allernächster Zeit die Möglichkeit vorhanden sein wird, nur eine Beitragsklasse einzuführen.

Das Vermögen des Verbandes hat nur eine kleine Steigerung erfahren; es vermehrte sich von 252 577 Kronen auf 258 056 Kronen. Die Kassenverhältnisse wurden ungünstig beeinflußt durch die starke Inanspruchnahme der Unterstützungseinrichtungen, welche eine Folge der herrschenden Krisis ist. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung stieg im letzten Jahre von 85 881 Kronen auf 130 940 Kronen. In der gleichen Zeit stieg die Reiseunterstützung von 15 397 auf 22 222 Kronen, die Krankenunterstützung von 56 322 auf 98 097 Kronen, die Umzugsunterstützung von 5996 der auf 10 781 Kronen. Angesichts dieser rapiden Steigerung Ausgaben muß der Verbandsvorstand eine Erhöhung der Beiträge ernsthaft in Erwägung ziehen, wenn er den Verband auf die Dauer leistungsfähig erhalten will.

Die angeführten Zahlen zeigen, daß der Österreichische Holzarbeiterverband sich auch im Jahre der Krise als wirksames Mittel erwiesen hat, um die Berufsgenossen widerstandsfähig zu erhalten. Trotz des schlechten Geschäftsganges wurden aber auch die direkten Bestrebungen zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen nicht eingestellt. Es wurden 166 Lohnbewegungen geführt, von welchen 144 mit vollem Erfolg beendigt wurden. An diesen Bewegungen waren 9621 Arbeiter beteiligt und wurden für diesen Zweck insgesamt 123 712 Kronen ausgegeben.

Betrachtet man den Bericht als Ganzes, dann kann man zwar nicht sagen, daß er ein glänzendes Bild bietet. Bei den ungünstigen Verhältnissen des Jahres 1907 war das auch nicht zu erwarten. Berücksichtigt man alle die Schwierigkeiten, welche die Gewerkschaften im verflossenen Jahre zu überwinden hatten, dann darf man sagen, daß die Organisation der österreichischen Holzarbeiter sich in schwerer Zeit recht gut gehalten hat. Trotz des Ansturms auf die Kassen hat sich der Verband finanziell intakt gehalten, und er hat es verstanden, unter Überwindung aller Hindernisse, die sich ihm in den Weg stellten, seine Mitgliederzahl nicht unerheblich zu steigern. Das ist ein Erfolg, auf den unsere Bruderorganisation stolz sein kann, und der zu besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt.

Konferenz der Geschoßkorbmacher. Am 24. Juni fand in Berlin eine Konferenz der Geschoßkorbmacher statt, die sich mit der gegenwärtigen Lage in dieser Branche eingehend beschäftigte. Aus den einzelnen in Frage kommenden Orten wurde fast übereinstimmend berichtet, wie die Unternehmer versuchen, die Löhne auf dasselbe Niveau herunterzudrücken, auf dem die Lohnverhältnisse der Korbmacher im allgemeinen sich bewegen. Leider waren unsere Kollegen nicht immer imstande, diesem Bestreben in der erforderlichen Weise entgegenzutreten, weil eben die Organisation unter den Korbmachern viel zu wünschen übrig läßt. Zum Schlusse wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 24. Juni 1908 tagende Konferenz der Geschoßkorbmacher ist einstimmig der Meinung, daß gar keine Veranlassung vorliegt, von dem im März dieses Jahres festgelegten Preise für Geschoßkörbe abzugehen und den Unternehmern niedrigere Angebote zu machen. Die Konferenz spricht sich vielmehr dahin aus, daß nach den letzten Vorgängen die Unternehmer der Korbbranche überhaupt nicht vertragsfähig sind, wenn sie die festgelegten Preise nicht einhalten. Deshalb erwartet die Konferenz, daß der Vorstand von Fall zu Fall in den einzelnen Orten entscheiden wird, was geschehen soll."

Des weiteren wurde eine regere Verständigung der einzelnen Orte untereinander, namentlich in Lohnfragen, als dringend notwendig bezeichnet. Auch soll die rechtzeitige Verständigung mit dem Hauptvorstand und der Zentralkommission niemals versäumt werden.

Der Christliche Holzarbeiterverband hielt seinen fünften Verbandstag vom 28. Juni bis 1. Juli in München. Aus diesem Anlaß wurden im Verbandsorgan die Mitglieder- und Kassenverhältnisse einer Besprechung unterzogen. Danach verteilen sich die 11 258 Mitglieder, welche der Verband am Jahresschluß zählte, folgendermaßen auf die einzelnen Landesteile: Preußen 7442, Bayern rechts des Rheins 1443, Pfalz 323, Württemberg 362, Baden 844, Elsaß-Lothringen 138, Hessen 227, Sachsen 16, Oldenburg 96, Hansastädte 192, Braunschweig 38, Sachsen-Weimar 12. Der Rest dürften Einzelmitglieder sein. Auf die einzelnen preußischen Provinzen entfallen folgende Mitgliederzahlen: Westpreußen 111, Posen 213, Schlesien 440, Brandenburg 172, Sachsen 21, Schleswig-Holstein 9, Hannover 525, Westfalen 2090, Rheinprovinz 3551, Hessen-Nassau 310. In der Berichtszeit, vom 1. April 1906 bis 31. Dezember 1907, wurden 12 509 Mitglieder aufgenommen, die Mitgliederzahl vermehrte sich aber nur um 1053; der Verband hat also mit einer außerordentlich starken Fluktuation der Mitglieder zu rechnen.

Über das Kassenwesen ist dem Bericht zu entnehmen, daß in der 1¾jährigen Berichtsperiode insgesamt 469 455,17 Mk. eingenommen und 400 911,46 Mk. ausgegeben wurden. Von den Einnahmen entfallen 6195,90 Mk. auf Aufnahmegebühren; an regelmäßigen Beiträgen wurde 440 774,37 Mk. und an Extrabeiträgen und Sonstigem 22 484,90 Mk. eingenommen. Ausgegeben wurde für Streikunterstützung 158 455,21 Mk., für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 18 302,30 Mk., für Krankenunterstützung vom 1. August bis 31. Dezember 1907 5487,11 Mk. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresschluß insgesamt 184 755,02 Mk., davon entfällt auf die Hauptkasse 127 587,64 Mk., auf die Lokalkassen 57 167,38 Mk.

Auf dem Verbandstag selbst wurde im Anschluß an den Vorstandsbericht auch der Fall Behrens gestreift und geklagt, daß er den Verband schwer geschädigt habe. Der Vorsitzende Kurtscheid erklärte jedoch, daß dieser Fall auf die beste Weise erledigt worden sei. — Während die Christen in ihren Versammlungen und in ihrem Verbandsorgan von der Mitgliederzunahme, die ihr Verband erzielt hat, ein großes Wesen machen, kam auf dem Verbandstag sowohl in dem Bericht des Vorsitzenden als auch später in dem Referat des Verbandsredakteurs Jansen über Agitation die Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Organisation zum Ausdruck. Angesichts der Fluktuation der Mitglieder ist dieser Ausdruck des Unbefriedigtseins trotz des erzielten Wachstums wohl zu begreifen.

Auf die auf dem Verbandstag gepflogenen Diskussionen näher einzugehen können wir uns ersparen; nur einige Irrtümer wollen wir berichtigen. Der Delegierte Schwarzer-München sprach davon, daß die Verwaltungskosten in unserem (das heißt dem christlichen) Verband gegenüber anderen Verbänden sehr niedrig seien. Sollte unter diesen anderen Verbänden auch der Deutsche Holzarbeiterverband gemeint sein, dann wäre die Behauptung grundfalsch. Wir verweisen in dieser Beziehung auf die Berechnungen, die wir im vorigen Jahre auf Grund der Abrechnungen für das Jahr 1906 aufgestellt haben (siehe „Holzarbeiter-Zeitung", Jahrgang 1907, Seite 394). Aus diesen ergibt sich, daß von jeder Mark Beitrag, welche die Mitglieder zahlten, für das Verbandsorgan und für persönliche und sachliche Verwaltungskosten im Deutschen Holzarbeiterverband 6,4 Pf., im christlichen Verband jedoch 16,0 Pf. verwendet wurden. Von einer besonders billigen Verwaltung des christlichen Verbandes kann man also nicht reden, ohne mit der Wahrheit in Konflikt zu kommen.

Ebenso befindet sich der Verbandsvorsitzende Kurtscheid im Irrtum, wenn er in seinem Referat über die Tarifbewegung erklärt, die Kassenverhältnisse des christlichen Verbandes seien gegenüber denen der gegnerischen Verbände die besten, und dann fortfährt: „Pro Kopf des Mitglieds 16,41 Mk. Vermögen ist bei einem größeren Kampfe schnell aufgezehrt. Das haben wir ja beim sozialdemokratischen Verband beobachten können, wie schnell die bekannte Million in Schulden verwandelt war." — Der christliche Verband hatte am Jahresschluß pro Kopf 16,41 Mk. Vermögen, der Deutsche Holzarbeiterverband verfügte jedoch zur gleichen Zeit über ein Vermögen von 2 712 300 Mk. oder pro Kopf des Mitglieds 18,39 Mk., das ist nicht unerheblich mehr als das Vermögen der Christen. Daraus ergibt sich auch, daß es mit den Schulden nichts ist, die man uns andichten möchte. Wir haben im Gegenteil trotz der ungeheuren Ausgaben, die wir im vorigen Jahre hatten, das Vermögen des Verbandes um 3 Mk., von 15,39 Mk. auf 18,39 Mk. pro Kopf des Mitglieds gesteigert.

Von wesentlichen Statutenänderungen hat auch der christliche Verband Abstand genommen. Der wichtigste Beschluß betrifft die Reduzierung des Lokalkassenanteils. Während bisher vom 50 Pf.-Beitrag 5 Pf. und vom 25 Pf.-Beitrag 3 Pf. in die Lokalkasse flossen, wurde dieser Anteil mit Wirkung vom 1. Juli auf 2 Pf. pro 50 Pf.-Beitrag, also auf 4 Prozent festgesetzt, während die Beiträge à 25 Pf. unverkürzt in die Hauptkasse fließen. Das Verbandsorgan, welches bisher unter dem Titel „Der deutsche Holzarbeiter" erschien, soll künftig den Titel „Der Holzarbeiter" führen. Die Quartalsabrechnungen, die bisher den Mitgliedern in Form einer Zeitungsbeilage zugänglich gemacht wurden, sollen künftig besonders gedruckt und den Zahlstellen in einigen Exemplaren geschickt werden.

Billing & Zoller, Akt.-Ges. für Bau- und Kunsttischlerei, Karlsruhe i. B. Nach dem Bericht war das Unternehmen in 1907/08 reichlich beschäftigt. Der Umsatz erhöhte sich von 870 000 auf 910 000 Mk., die Preise waren dagegen infolge der zurückgehenden Bautätigkeit und der außerordentlich scharfen Konkurrenz sehr gedrückt. Der Reingewinn ging nach 13 914 Mk. (im Vorjahr 14 995 Mk.) Abschreibungen von 60 035 auf 50 027 Mk. zurück. Die Dividende wird von 7 auf 6 Prozent ermäßigt. Dem Spezialreservefonds wurden 12 000 (18 000) Mk. überwiesen. Im neuen Geschäftsjahr sei das Unternehmen mit reichlichen Aufträgen versehen.

Emil Wünsche, Akt.-Ges. für photographische Industrie in Reick bei Dresden. Das Jahr 1907 erbrachte laut Geschäftsbericht wieder einen Betriebsverlust von 10 003 Mk., der sich durch die regulären Abschreibungen auf 51 658 Mk. erhöht. Im Vorjahr ergab sich ein Verlust von 32 529 Mk., der durch Entnahme aus dem Reservefonds gedeckt wurde. In diesem Jahre stehen zur Deckung des Verlustes Reserven nicht zur Verfügung. Der Geschäftsbericht enthält über die Deckung des Verlustes keine Angaben. Die Verwaltung führt aus, daß die Aufnahme der Fabrikation einer größeren Anzahl Kameramodelle nachteilig auf den Umsatz eingewirkt habe, da die Gesellschaft nicht rechtzeitig zu liefern imstande gewesen sei. Außerdem habe die Verwaltung es abgelehnt, mit einem Teil der bisherigen großen Abnehmer neue Abschlüsse zu machen, weil die angebotenen Preise keinen Nutzen gelassen haben würden. Die Gesellschaft sei deshalb bestrebt gewesen, das reguläre Geschäft mit dem Zwischenhandel auszubauen, was auch von Erfolg begleitet gewesen sei und im Laufe des neuen Geschäftsjahres noch weiter zum Ausdruck kommen werde.

Gewerkschaftliches.

Die Liberalen und die gelben Gewerkschaften.

Ein Kongreß des „Nationalvereins für das liberale Deutschland" fand kürzlich in München statt. Dieser Verein, der sich eine Reformierung des deutschen Liberalismus zur Aufgabe macht und auf dessen Kongreß vornehmlich die sogenannten Jungliberalen vertreten waren, verfolgt Zwecke, die uns sehr wenig interessieren. Wenn wir trotzdem von dieser Tagung Notiz nehmen, so geschieht das des Umstandes wegen, daß an diesem Kongreß auch einige Wortführer der gelben Gewerkschaften teilnahmen, die von den Eroberungen, die sie dort gemacht haben, wenig befriedigt sein dürften. Daß an diesem Kongreß überhaupt Vertreter der gelben Gewerkschaften mit vollen Berechtigung teilnehmen konnten, wirft auf den Liberalismus dieses Nationalvereins ein eigenartiges Licht, welches nur durch die Abfuhr, die den Gelben dort zuteil wurde, ein wenig gemildert wird.

Der Hirsch-Dunckersche Arbeitersekretär Barnholt-Nürnberg hatte über Arbeiterpolitik referiert und selbstverständlich über den Terrorismus der Sozialdemokraten gescholten. Daneben fand er aber auch kräftige Worte gegen die gelben Gewerkschaften, die er eine Sumpfpflanze nannte, welche das öffentliche Leben demoralisiert. Diese Rede brachte die Vertreter der Gelben auf den Plan, welche ihrerseits ein Loblied auf diese Pflanze sangen. Charakteristisch war der Ausspruch des einen Gelben, eines gewissen Crispien, der erklärte, in Augsburg habe man die Wahrheit des alten Wortes eingesehen: „Wes Brot ich esse, des Lied ich singe." Abgesehen von dem Irrtum, der in der Annahme liegt, als ob es der Unternehmer sei, der den Arbeiter ernährt — in Wirklichkeit liegt die Sache bekanntlich gerade umgekehrt —, ist dieser Grundsatz für die Gelben bezeichnend; sie vertreten die Auffassung, daß der Unternehmer, indem er die Arbeitskraft kauft, gleichzeitig das Recht erwirbt, als Wohltäter von seinen Arbeitern gefeiert zu werden. Das ist Sklavenmoral, für welche ehrliche Arbeiter kein Verständnis besitzen.

Den gelben Kämpfern für die Versklavung der Arbeiterschaft traten einige Liberale entschieden entgegen. Dr. Brunhuber-Berlin bezeichnete es als unsittlich, das Koalitionsrecht zu einer Wohlfahrtseinrichtung der Unternehmer herabzuwürdigen. Der bekannte nationalsoziale Pfarrer Korell aus Darmstadt zollte den Gewerkschaftsführern aller Richtungen die höchste Anerkennung. Die Protektoren der gelben Gewerkschaften, erklärte er, sind die Hintermänner des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokraten, der den politischen Kampf so vergiftend, elend und persönlich führt wie niemand in ganz Deutschland. Seiner Auffassung, daß man nicht liberal und zugleich Mitglied einer gelben Gewerkschaft sein kann, stimmte auch die Mehrheit des Kongresses zu, die in der angenommenen Resolution zum Aus-

druck brachte, daß sie jeden Zusammenhang zwischen Liberalismus und gelben Gewerkschaften, in welchen der Kongreß nur eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung erblicken kann, ablehne.

So erfreulich diese Verurteilung der gelben Gewerkschaften ist, so wird man doch gut tun, die Bedeutung dieser Kundgebung nicht zu überschätzen. Auf dem Kongreß selbst legte der liberale Dr. Dirr aus Augsburg eine Lanze für die Gelben ein, und auch von anderen Zierden des Liberalismus ist in letzter Zeit bekannt geworden, daß sie eine besondere Vorliebe für die gelbe Sumpfpflanze haben. Auf der Generalversammlung der dem Verband sächsischer Industrieller angegliederten Gesellschaft zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, die am 25. Juni in Dresden tagte, bezeichnete der Vorsitzende Direktor Grützner die Verhütung von Streiks als die wichtigste Aufgabe der Gesellschaft. Zu diesem Zwecke müßte man die **Gewerkschaften zu schwächen** versuchen und **Zersplitterung in sie hineintragen.** Das glaubt er erreichen zu können durch **Unterstützung der nationalen Arbeiterbewegung,** das heißt der **gelben Gewerkschaften.** Diese Auffassung entspricht durchaus der Stellung, welche die Scharfmacher der Arbeiterbewegung gegenüber einnehmen. Es ist nicht die Liebe zu den Arbeitern, welche sie veranlaßt, ihre gelben Schützlinge mit Wohltaten zu überhäufen, sondern lediglich der Haß gegen die Gewerkschaften, von denen sie eine Beschränkung ihres Profits befürchten. Die Rede des Herrn Grützner, der lediglich die bekannten Ansichten der Scharfmacher wiedergab, bot also nichts Bemerkenswertes; interessanter ist es, daß sich auch der bekannte **liberale** Reichstagsabgeordnete **Stresemann** zu dem gleichen Scharfmacherstandpunkt bekannte. Er empfahl, allenthalben und in allen Orten die Gründung nationaler Arbeitervereine energisch in die Hand zu nehmen und zu fördern, wobei der Verband der sächsischen Industriellen tatkräftig der Gesellschaft zur Seite stehen werde.

Für die Beurteilung der Verhältnisse zwischen den Liberalen und den gelben Gewerkschaften ist das Bekenntnis des liberalen Realpolitikers Stresemann jedenfalls wertvoller als die unverbindliche Resolution eines Kongresses, der keine Organisation hinter sich hat. Im übrigen kann man das offene Bekenntnis der Stresemann und Konsorten nur begrüßen; es zeigt den Arbeitern erneut, daß die gelben Gewerkschaften lediglich den Interessen der Unternehmer dienen, und wird uns in der Agitation für die Gewerkschaften wertvolle Dienste leisten.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe. Die Unternehmer- und Arbeitervertreter des deutschen Malergewerbes haben im Anschluß an die Verhandlungen für das deutsche Baugewerbe eine Beratung unter der Leitung der drei Unparteiischen abgehalten, um eine Klärung über die im April abgeschlossenen Normalverträge herbeizuführen. Es wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß alle Verträge, die nach dem 1. Mai abgelaufen sind und noch ablaufen, unverändert bis zum 31. Dezember 1909 verlängert werden. Eine ganze Reihe kleinerer Streitigkeiten wurde durch Schiedsspruch erledigt.

Ein Zopf in den amerikanischen Gewerkschaften hat bisher den Negern die offizielle Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder in ihren Verbänden versagt. Die großen Verbände nahmen keine Neger auf, wenn sie sich auch darum bemühten, die Neger unter sich in bestimmten Industriezweigen zu organisieren. Kleine Verbände machten hie und da eine Ausnahme, aber im allgemeinen galt der Neger auch bei den organisierten Arbeitern als Mensch zweiter Klasse. Um so bemerkenswerter ist ein Beschluß, den jüngst die große Organisation der Eisenbahnarbeiter von Amerika auf ihrer Jahresversammlung faßte. Danach sollen von jetzt ab auch Farbige als Mitglieder aufgenommen werden, und es ist zu hoffen, daß dieses Beispiel Nachahmung findet. Die Schwarzen fingen nämlich an, als Streikbrecher unter den Eisenbahnarbeitern sehr gefährlich zu werden, und so wurde es ein Gebot der Klugheit, ihnen die Anerkennung als gleichberechtigte Arbeiter in der Organisation nicht länger zu versagen. Die Sozialisten traten stets in den Gewerkschaften für die Gleichberechtigung der Farbigen ein.

Soziale Rechtspflege.

Ehrverletzung durch den Prinzipal berechtigt den Arbeitnehmer zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses. Der Inhaber eines Herren-Maßgeschäftes in Aachen hatte seinen Zuschneider, der zwar Unregelmäßigkeiten, aber keine Unredlichkeiten begangen hatte, einen „Dieb" genannt. Der Zuschneider glaubte sich durch diese ihm zugefügte Ehrverletzung zum sofortigen Austritt aus seinem Dienstverhältnis berechtigt und klagte gegen seinen Prinzipal die Zahlung seines Gehaltes bis zum Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist ein. Das der Klage stattgebende Urteil des Landgerichts zu Aachen wurde durch Entscheidung des 10. Zivilsenats des Kölner Oberlandesgerichts vom 21. Mai d. J. bestätigt. Das Oberlandesgericht führt aus: *Es ist davon auszugehen, daß nicht jede Ehrverletzung nach §§ 133c und 133d der Gewerbeordnung ein Grund zur sofortigen Dienstentlassung oder Verlassung ist, sondern daß Ehrverletzungen nur dann zur sofortigen Kündigung berechtigen, wenn sie ein wichtiger, nach den Umständen des Falles die Aufhebung des Dienstverhältnisses rechtfertigender Grund sind.* Nun hat der Beklagte dem Kläger in seinem Geschäftslokal vor Zeugen den Vorwurf gemacht, daß er ein Dieb sei, ohne ihm irgendwelche Unredlichkeit nachweisen zu können. Hierin liegt eine der schwersten Ehrverletzungen, die der Arbeitgeber seinem Arbeiter zufügen kann, und darum ein völlig genügender Grund zur sofortigen Dienstverlassung.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Beleidigungsklage der Vorstandsmitglieder des Metallarbeiterverbandes gegen den Redakteur Ern vom Solinger „Stahlwarenarbeiter", die in erster Instanz mit einem Freispruch des Angeklagten endete, ist nun auch in der Berufungsinstanz von der Elberfelder Strafkammer kostenpflichtig abgewiesen worden; auch die vom Schöffengericht gegen Ern verhängte Geldstrafe wegen Beleidigung des Redakteurs der „Metallarbeiter-Zeitung" wurde von der Strafkammer aufgehoben. Dieser Prozeß hat seine Ursache in dem schon lange währenden Streit zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und den lokalen Organisationen der Arbeiter in der Solinger Stahlwarenindustrie. In dem Organ dieser Organisationen war dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes „Arbeiterverrat, erschreckliche Cliquenwirtschaft und Verbrechen an den Interessen der Arbeiterschaft" vorgeworfen worden, weil er seine Teilnahme an einem Streik verweigerte, mit welchem die Stahlarbeiter einen Unternehmer zwingen wollten, von der Fabrikation einer bestimmten Sorte Messer Abstand zu nehmen.

In einer Besprechung dieses Prozesses sagt die Elberfelder „Freie Presse", die sowohl die Rechtsprechung des Elberfelder Landgerichts als auch die Verhältnisse in Solingen genau kennt: „*Man hatte den Eindruck, daß der Vorsitzende* den Metallarbeiterverband ohne weiteres als einen sozialdemokratischen ansah, von dem er annahm, daß er nichtsozialdemokratische Organisationen zertrümmern wolle. Wenn man aber einen solchen Eindruck von vornherein bekommt, dann fällt es dem unparteiischen Beobachter schwer, zu hoffen, daß das Gericht die Beweisführung ohne Vorurteil würdigen werde." Die „Metallarbeiter-Zeitung" teilt übrigens mit, daß der Prozeß noch nicht erledigt ist. Gegen das Urteil ist Revision eingelegt, und wahrscheinlich wird auch auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuchs gegen Ern vorgegangen werden.

Der Hamburger Hafenbetriebsverein hat einen Reinfall erlitten mit seinem Versuch, den Arbeitern durch Gerichtsurteil ihr Koalitionsrecht zu rauben. Wir haben (in Nr. 3 des laufenden Jahrgangs) über den Fall berichtet. Der Hafenbetriebsverein, die Organisation der Reeder, hatte gegen verschiedene Verbandsfunktionäre wegen Kontraktbruch geklagt und den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragt, durch welche den namhaft gemachten Vorstandsmitgliedern des Hafenarbeiterverbandes verboten wird, den Zuzug von Hafenarbeitern zu stören oder Warnungen vor Zuzug zu erlassen sowie die angeworbenen Streikbrecher als Streikbrecher zu bezeichnen. Das Hamburger Landgericht hat auch am 27. Dezember 1907 eine solche einstweilige Verfügung erlassen. Auf die eingelegte Berufung hat nun das Hanseatische Oberlandesgericht diese einstweilige Verfügung **aufgehoben und den Hafenbetriebsverein mit seiner Klage abgewiesen.** Die Hamburger Reeder haben *also* mit ihrem Versuch, den Hafenarbeitern ihr Koalitionsrecht auf Umwegen zu rauben, Schiffbruch erlitten.

Eingesandt.

Die Korbmacher des Gaues Hamburg

berichten in der Nummer 28 der „Holzarbeiter-Zeitung" über eine Konferenz, die sie am 21. Juni in Cuxhaven abgehalten haben. Wir hätten keine Ursache, uns öffentlich noch hiermit zu beschäftigen — da wir den in Frage kommenden Zahlstellen größtenteils unseren Standpunkt schon auf andere Weise klar gemacht haben —, wenn nicht in dem Bericht ausdrücklich das Bedauern über die Stellungnahme des Gauvorstehers Neumann und das dadurch verursachte Fernbleiben des Bremer Kollegen von der Konferenz ausgesprochen würde.

Darauf ist zu erwidern, daß diese Konferenz von der Zahlstelle Wulsdorf unseres Gaues **ohne Wissen und Mitwirkung des Gauvorstandes** einberufen worden ist, ja, daß die Korbmacher peinlich bestrebt waren, den Gauvorstand von ihren Absichten nichts merken zu lassen. Diese Tatsache allein genügt wohl, um den Protest des Gauvorstandes gegen solche Konferenzelei zu rechtfertigen. Hielten die Korbmacher eine solche Zusammenkunft für nötig, dann hatten sie die Pflicht, sich dieserhalb mit dem Gauvorstand zu verständigen, oder wenigstens doch eine solche Verständigung zu versuchen. Das ist aber bisher nicht geschehen, wenigstens in den letzten Jahren nicht mehr. In früheren Jahren ist öfters aus der Gaukasse Geld bewilligt worden für besondere Agitation unter den Korbmachern, und es sind auch hierzu fast stets Korbmacher verwendet worden, und zwar zur größten Zufriedenheit des Gauvorstandes und auch mit bestem Erfolg, so daß gewiß für diese Branche keine Ursache zur Animosität vorhanden ist. Aber zweifellos wird dieses ersprießliche Zusammenarbeiten durch Vorgänge wie die geschilderten nicht gefördert. Der Gauvorstand hat in seiner letzten Sitzung entschieden gegen derartige Quertreibereien — denn anders kann man dieses Gebaren nicht nennen — protestiert und beschlossen, daß jegliche Unterstützung solchen Vorgehens sowie auch der daraus resultierenden Beschlüsse seinerseits entschieden abgelehnt werden müsse.

Und wenn man sich nun den Bericht über fragliche „Konferenz" genauer ansieht, wird man sich immer noch fragen, was dieselbe nun eigentlich geleistet hat. Die Konkurrenz aus Rinteln und Lippe! Zwecks Agitation geeignete Kräfte daselbst anzusiedeln! Schwierigkeiten der Agitation infolge der verstreut auf den Dörfern liegenden Arbeitsplätze! — Zur Regelung dieser Fragen müssen die Korbmacher nach Cuxhaven fahren!? Aber der Gauvorstand darf ja nicht Wind davon bekommen. Auch der Gauvorstand Hannover hätte ja am Ende ein Recht gehabt, über die Absichten der Korbmacher und deren Durchführung, soweit es den Bezirk Rinteln und Lippe betraf, orientiert oder befragt zu werden! Aber das haben ja die Korbmacher nicht nötig, die wählen sich lieber für unseren Gau noch eine Zentralkommission; auch haben sie inzwischen von Wulsdorf aus abermals zwei Kollegen nach Lippe geschickt zur Auskundschaftung über die dortigen Verhältnisse, natürlich wieder, ohne dem Gauvorstand Hannover hiervon Kenntnis zu geben. So ist die Bemerkung in dem Konferenzbericht auch zu verstehen, wo es heißt: „Allerdings nur im Einverständnis mit den Gauvorstehern." Für solches „Einverständnis" danken die Gauvorsteher. Auch werden die Korbmacher zusehen müssen, wie sie ihre dort gefaßten Beschlüsse zur Durchführung bringen, der Gauvorstand erkennt eine Pflicht zur Unterstützung in dieser Beziehung nicht an. Des ferneren werden aus der Gaukasse nur solche Agitationskosten bestritten, welche durch Beschluß und auf

Arbeitslosigkeit im Monat Juni 1908.

Gau	Zahlstellen haben berichtet	Mitgliederzahl am Schluß d. Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte: vom vorigen Monat	Zugang in diesem Monat	Gesamtzahl	am letzten Tage des Monats	Durchreisende am letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten: Arbeitslose am Orte: Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Arbeitslose auf der Reise: Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Zahlstellen haben nicht berichtet
Danzig	28	2490	48	140	188	52	5	96	868	1170	36	54	106	96	60	4
Stettin	37	2905	76	142	218	88	5	69	699	1007	73	266	450	421	37	1
Breslau	37	6560	191	161	352	139	8	177	1736	2385	90	161	294	276	76	3
Berlin	86	32947	3719	3114	6833	3416	10	1304	22114	31039	33	595	1127	1090	06	6
Dresden	53	11719	306	414	720	336	22	[illegible]	2738	3750	33	347	567	537	52	—
Chemnitz	56	12579	337	437	774	291	26	560	3672	4750	18	636	1050	1013	47	2
Erfurt	53	4924	37	72	109	58	21	60	553	671	57	597	785	763	69	1
Magdeburg	33	5577	129	236	365	156	27	177	1801	2367	83	800	1273	1145	68	1
Hamburg	63	16409	623	1221	1844	609	101	635	5471	7451	32	1475	2467	2343	63	2
Hannover	45	8644	196	373	569	187	38	236	1806	2384	32	988	1632	1515	70	1
Düsseldorf	58	7632	124	300	424	229	67	153	1654	2174	18	1404	2281	2101	78	—
Frankfurt	60	10175	259	307	566	198	57	193	1710	2360	41	1441	2432	2267	52	2
Nürnberg	35	8645	128	168	296	165	19	178	1677	2091	96	540	1061	1009	29	3
München	41	5876	111	440	551	130	24	109	954	1285	25	660	1334	1272	20	—
Stuttgart	86	8746	60	104	164	76	44	71	712	963	—	1176	2002	1863	70	5
Hauptkasse	—	716	—	—	—	—	1	—	—	—	—	33	54	53	60	—
Juni 1908	766	146544	6344	7629	13973	6130	475	4576	48265	65858	77	11223	18915	17772	57	31
Mai "	755	146704	6743	7348	14091	6436	345	4909	52777	72665	67	10937	17980	17065	97	38
April "	757	146356	6476	7404	13880	6754	377	4996	56083	77250	70	7223	12087	11402	35	37
März "	760	147192	6892	7632	14524	6529	270	5088	52629	70990	08	5728	9378	8822	37	32
Februar "	764	147394	8328	6812	15140	7033	218	6490	75424	101545	91	5183	8408	7814	—	30
Januar "	771	146637	8371	8608	16979	8463	213	9371	107793	146258	32	5345	8439	7734	38	24
Dezember 1907	766	148405	4495	9794	14298	8256	248	5580	61346	84196	02	5072	8175	7494	74	21
November "	752	148468	3711	7268	10979	4565	201	4528	49177	66386	31	4921	8203	7699	98	30
Oktober "	734	148008	2545	8514	11059	3823	224	3714	32850	46889	95	5707	10050	9420	89	46
September "	746	149108	1679	8191	9870	2575	263	2262	17794	25852	04	5988	10591	10097	97	34
August "	735	148996	1930	6820	8750	1751	261	2206	18818	24693	96	6701	11711	11159	50	41
Juli "	739	148590	2262	6920	9182	2050	301	2307	19978	26458	06	8057	13545	12989	57	35
Juni "	740	149316	2840	6334	9174	2330	286	4702	31300	43487	70	8064	13506	12915	19	31

Zur besseren Übersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats

	1904	1905	1906	1907	1908
Januar	—	2692	3256	4370	8463
Februar	—	1917	2318	4100	7033
März	—	1559	2121	3688	6529
April	—	1765	2170	3452	6754
Mai	—	1284	2127	2794	6436
Juni	—	1227	1916	2330	6130
Juli	700	1134	1612	2050	
August	510	901	1227	1751	
September	774	1060	1633	2575	
Oktober	1226	1984	2399	3823	
November	1451	1914	2317	4565	
Dezember	2782	3290	4649	8256	

Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose

	1904	1905	1906	1907	1908
Januar	—	2,58	2,47	2,87	5,81
Februar	—	1,81	1,72	2,68	4,80
März	—	1,44	1,56	2,45	4,43
April	—	1,61	1,54	2,32	4,62
Mai	—	1,16	1,48	1,87	4,39
Juni	—	1,08	1,33	1,56	4,18
Juli	0,75	1,00	1,13	1,31	
August	0,54	0,76	0,84	1,17	
September	0,76	0,87	1,11	1,72	
Oktober	1,22	1,58	1,62	2,60	
November	1,42	1,49	1,53	3,07	
Dezember	2,72	2,52	3,03	5,53	

Anweisung des Gauvorstandes entstanden sind. Derselbe muß sich auch vorbehalten, darüber zu bestimmen, von welchen Kollegen und Orten aus in Zukunft die Agitation betrieben werden soll. Wenn die Korbmacher hierbei wie früher mitarbeiten wollen, ist uns das gewiß angenehm, aber zur Anerkennung von Sonderbestimmungen für diese Branche liegt keine Ursache vor. Wir möchten die in Frage kommenden Zahlstellen ersuchen, zukünftig für die Beschickung derartiger Zusammenkünfte keine Verbandsmittel mehr zu verwenden, denn es muß doch jedem Kollegen klar sein, daß bessere Verhältnisse nur geschaffen oder Mißstände beseitigt werden können, wenn alle Kollegen und besonders die Verbandskörperschaften Hand in Hand arbeiten und sich auch von Fall zu Fall über die Abhaltung besonderer Zusammenkünfte oder über die Mittel zur gegenseitigen Information respektive Vornahme von derartigen Reisen verständigen und sich dabei gegenseitig unterstützen. A. Neumann.

Literarisches.

Sozialistische Neudrucke. Unter diesem gemeinsamen Titel beabsichtigt unser Parteiverlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, eine Reihe längst vergriffener Schriften herauszugeben, die als historische Dokumente zugleich so hohen literarischen Wert besitzen, daß sie heute noch das Interesse jedes klassenbewußten Arbeiters verdienen und seine sozialpolitische Einsicht zu fördern geeignet sind.

Als erstes Werk dieser Sammlung ist soeben erschienen: „Der deutsche Bauernkrieg", von Friedrich Engels, mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring. Preis broschiert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk. Die erste Auflage dieser seit langen Jahren vergriffenen Schrift erschien im Jahre 1850 unter dem frischen Eindruck des weißen Schreckens. Engels hat, wie er im Vorwort zum zweiten Abdruck mitteilt, das Tatsachenmaterial dem Werke von Zimmermann über den deutschen Bauernkrieg entnommen. — Was die Schrift ganz besonders wertvoll auch für die heutige Zeit macht, das ist die Parallele, in die Engels die deutsche Revolution des Jahres 1525 mit der des Jahres 1848 bis 1849 stellt.

So wird die Schrift der deutschen Arbeiterklasse die Waffe bieten zu kräftiger Propaganda, „geeignet wie keine andere, dem modernen Proletarier die deutsche Revolution in dem historischen Kern ihres Wesens lebendig zu machen, nicht nur seine historischen Kenntnisse zu erweitern, sondern auch das richtige Verständnis der Aufgaben zu schärfen, die sein heutiger Emanzipationskampf zu lösen hat."

Briefkasten.

Berlin. Voldt. Es dürfte wohl genügen, wenn an dieser Stelle der in der Wiedergabe Deines Eingesandts zur Maschinenarbeiterbewegung in Nr. 27 enthaltene Druckfehler richtig gestellt wird. Es muß heißen: „In einer ganzen Reihe von Orten ..... haben die Maschinenarbeiter eine längere Arbeitszeit und einen niedrigeren (nicht höheren) Lohn als die Tischler.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. H. 8 in Hamburg).

Die Berichte des Ausschusses, des Vorstandes, des Hauptkassierers und des Schiedsgerichtes, sowie die Vorlagen (Anträge) **zur Generalversammlung in Dresden** sind an die Abgeordneten versandt.

Ferner sind auch die Fahrgelder für Hin- und Rückfahrt an die Abgeordneten — mit Ausnahme für einige — versandt worden, soweit der Betrag 10 Mk. und darüber beträgt. Die Generalversammlung wird am Dienstag den 21. Juli, morgens 9 Uhr, im „Volkshaus" zu Dresden-Altst., Ritzenbergstr. 2, eröffnet, und werden die Abgeordneten ersucht, pünktlich zur Stelle zu sein.

Der Vorstand J. A.: G. Blume, Vorsitzender.

Hannover. Wir ersuchen die Mitglieder der Kasse, bei ihren Vertretern dahin zu wirken, daß der von uns gestellte Zusatzantrag zu § 12: „Als Beweis der vom Arzt festgestellten Krankheit und deren Beginn und Ende genügt ein von einer Vertrauensperson nach dem ärztlichen Attest ausgefüllter Krankenschein" angenommen wird, da das Fehlen desselben zu viel Unzuträglichkeiten und unnötigen Kosten geführt hat. Im Vorjahr kamen 41597 Erkrankungen vor. Wenn sich die Ärzte überall wie hier eine Mark für unterschreiben der Krankenscheine bezahlen lassen, so ist diese enorme Summe von den ärmsten der Armen fortgeworfen worden. Bei der Metallarbeiterkrankenkasse ist fragliche Bestimmung schon länger in Kraft. Des weiteren haben wir zur Frauensterbekasse zu § 6 beantragt, nach der Skala, was nach einem Jahr der Mitgliedschaft an Unterstützung gezahlt wird, anzufügen: „Für je zwei weitere Jahre der Mitgliedsdauer erhöht sich die Unterstützung um fünf Mark". Es soll damit denen mit längerer Mitgliedsdauer gedient werden. Der Vorstand will mit seiner Vorlage den jüngsten Mitgliedern nach einer Zahlung von 4,60 Mk. 210 Mk. gewähren, denen im höchstzulässigen Alter eingetretenen aber, zum Beispiel nach 25 Jahren, 120 Mk., nachdem dieselben 91 Mk. eingezahlt haben, welche Summe aber, zu 3 Prozent verzinst, 133 Mk. in dieser Zeit betragen würde. Diese Ungerechtigkeit soll durch unseren Antrag inhibiert werden.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(E. H. 68, Hamburg.)

Im Juni sandten Überschüsse ein: Berlin A 300 Mk., Siegburg 200, Breslau 150, Hamburg II 150, Ochshausen 100, Cöln 100, Hamburg I 100, Hannover 100 Mk. Summa 1200 Mk.

Zuschuß erhielten: Steinkirchen 200, Haan 100, Essen 100 Mk. Summa 400 Mk.

Jul. Maßmann, Hauptkassierer, Hamburg 19.

Versammlungs-Anzeiger.

Eisenberg. Sonnabend den 25. Juli, abends ½9 Uhr, Versammlung im großen Saale des Gambrinus.

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich bei Kollege Ettling, Liebfrauenstraße 37. Geöffnet morgens von 9—12 Uhr und nachmittags von 3—7 Uhr. Umschauen verboten.

Ellrich. Die Reiseunterstützung wird beim Gastwirt Wilh. Liefeith, Nordhäuserstraße 28, ausgezahlt.

Helmstedt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich im Lindenhof, Holzberg 27. Umschauen verboten. Anfragen von außerhalb sind an den Kollegen H. Kühne, Heinrichsplatz 1, zu richten.

Karlsruhe. Das Bureau der hiesigen Zahlstelle befindet sich Grenzstraße 4 II, beim Kassierer Johann Groß. Daselbst wird Reiseunterstützung nur abends von ½7 Uhr ab ausbezahlt, Sonn- und Feiertags von 12—1 Uhr. Auch haben hier alle An- und Abmeldungen zu erfolgen. Bevollmächtigter Friedrich Stumpf wohnt Amalienstraße 53 Stb. II.

Schönlanke. Das Umschauen ist streng verboten. Zureisende Kollegen wollen sich zuerst bei der Lokalverwaltung melden.

Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schweriner Gesellschaftshaus, Gr. Moor 51, geöffnet vormittags 9—10 Uhr. Umschauen streng verboten.

Wettin a. S. Der Arbeitsnachweis für Korbmacher befindet sich beim Kollegen Gustav Marx, Aschenberg 255. Umschauen streng verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eitner, Schwalbacherstraße 7 I. Stb. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellritzstr. 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12—1 Uhr.

Werdau. Reiseunterstützung wird im Restaurant Bergkeller (Vereinslokal) ausbezahlt. Arbeitsnachweis daselbst sowie beim Kollegen Max Leißner, Katharinenstraße 1 I. Umschauen streng verboten.

Zeulenroda. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei H. Huster, Untere Speichergasse 35. Verkehrslokal im Gewerkschaftshaus.

Karl Albrecht, Tischler, geb. 27. Juli 1870 in Nauen, wird gebeten, sich bei [illegible], Berlin NO. 43, Mendelssohnstraße 5, zu melden.

Um Angabe der Adressen von den Kollegen:

Leo Patolla, geb. 4. März 1879 in Oppeln, Buchn. 287 200,

Gerhard Friedrichs, geb. 16. Oktober 1888 in Jever, Buchn. 876 819, ersucht dringend die Zahlstelle Duisburg, Friedrich-Wilhelmstraße 76.

Vor dem Bürstenmacher

Friedrich Reintjes, geb. 26. Juni 1888 zu Emmerich a. Rh., wird gewarnt, da derselbe es unterlassen hat, seinen Verbindlichkeiten nachzukommen.

Sektion der Bürstenmacher Elberfeld.

Hugo Krittheiz, Schreiner, Buchn. 258 950, wird aufgefordert, seiner Verpflichtung in der Zahlstelle Kirchheim bei Heidelberg sofort nachzukommen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, wollen die Adresse senden an **Heinr. Vogt,** Rohrbach bei Heidelberg, Gasthaus Zum Schweizerhof.

Ludwig Liebl, geb. 13. 5. 1884 zu Tattenberg, wird ersucht, seine Adresse zu senden an Erich Plöttner in Werdau i. Sachsen, Georgenstraße 8.

Karl Strohmeier, Modelltischler, Buchn. 414 560, wird ersucht, seinen Kindern, die sich im Armenhaus befinden, Nachricht zu geben. Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist, werden ersucht, diesen der **Lokalverwaltung** [illegible] mitzuteilen.

Tüchtige Polierer

auf kleinere Galanterieartikel aus unechten, gebeizten Hölzern eingearbeitet, suchen per sofort bei gutem Lohn

Goldmann & Jamin
Holzluxuswarenfabrik
Oberursel b. Frankfurt a. Main.

Tüchtiger Drechsler auf **dauernde Beschäftigung gesucht.**

Maack, Badbergen, Kreis Bersenbrück.

Tüchtiger **Drechsler,** der auch auf Reparaturen bewandert ist, sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an

Gebrüder Marschall, Mannheim
Süddeutsche Stockfabrik.

Tüchtige **Drechsler** für Massenartikel finden dauernde Beschäftigung.

Anton Müller, Aachen
Templergraben 72.

Mehrere tüchtige **Raspler** und **Fräser** sofort gesucht.

August Benning, Stockfabrik
Hamburg.

☞ Durchaus tüchtiger **Kammschneider** auf Schildpatt und Zelluloid (besonders Frisierkämme) bei gutem Lohn in dauernde Stellung gesucht.

Schlager & Best, Darmstadt.

Tüchtige Schleifer

per sofort gesucht.

Erwin Oskar Schmidt, Kammfabrik
Weinheim, a. Bergstraße (Birkenauertal).

Mehrere tücht. Korbmacher

auf **Grüngematt** erhalten Arbeit durch den **Zahlstellenarbeitsnachweis Braunschweig,** Werder 32 II.

---

5 Korbmachergesellen finden auf **Mattarbeit** dauernde Beschäftigung bei

Frau Helene Paul, Altdamm.

Suche sofort für **Holzschuhbranche** einen **tüchtigen, jungen Mann,** der selbständig Zuschneiden, Steppen und Zurichten kann. Dauernde Beschäftigung, guter Lohn.

[illegible]
Provinz Posen.

---

2 Hölzerschneider und **2 Nagler** finden dauernde Beschäftigung.

B. Felsing, Prenzlau.

Tüchtige **Zu- und Rundschneider** gegen hohe Akkordlöhne sofort gesucht.

S. Dornbusch, Korkenfabrik, **Bonn.**

Tüchtiger **Bohrer** eventuell **Bandsägenschneider** gesucht.

H. Weber, Bürstenhölzerfabrik
Heidmühlen, per Boostedt, Holstein.

Bauschule Rastede i. Oldenburg

Einsemestr. Schule für Bauhandw. Progr. frei.

DETMOLD ◇ GRÖSSTE
TISCHLER-FACHSCHULE
Programm frei. *Direktor* **Reineking.**
Selbstunterrichtswerke *für Tischler versendet Direktor Reineking, Detmold.*

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg Kirchenweg 14. ● **Erstklassige Lehranstalt.** ◇ Dir. Carl Maibaum. ◇

Solidaritäts-Bleistifte u. Massstäbe
von **Jean Blos, Stein-Nürnberg.**

Auf allen Gebieten der **Bauschreinerei, Kunst- und Möbelschreinerei, d. Zimmereigewerbes, d. Holzbildhauerei** erlangt man gediegene umfassende Kenntnisse durch die Selbstunterrichtswerke Syst. Karnack-Hachfeld. Glänzend. Erfolge. Prospekte und Anerkennungsschreiben gratis und franko. Ansichtssendungen bereitwilligst.

Bonness & Hachfeld, Potsdam-R. 1.

Fachblatt für Holzarbeiter

Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift

Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband

Preis pro Jahrgang in geschmackvollem Originalband gebunden 5 Mark, ungebunden 4 Mark

Der Jahrgang 1907 liegt jetzt vollständig vor und kann von dem unterzeichneten Verlag **gegen Voreinsendung von 5 resp. 4 Mark** nachbezogen werden.

Er enthält **mehr denn 550 Abbildungen** aus der Praxis des Holzarbeiters, darunter Reproduktionen von Arbeiten unserer bedeutendsten Innenarchitekten, wie **Richard Riemerschmid, Bruno Paul, Henry Van de Velde, Baillie Scott u. a.** Ferner gute textliche Beiträge der ersten kunstgewerblichen Schriftsteller, so **Josef Aug. Lux, Hermann Muthesius, Franz Fammler u. a.,** und hervorragende fachtechnische **Artikel,** so aus der Feder des Architekten und Kunstgewerbeschullehrers **O. Winkelmüller** folgende Arbeiten: **Türen, Tore und Windfänge** (mit 109 Abbildungen), **Holzdecken** (mit 26 Abbildungen), **Fußböden** (mit 28 Abbildungen), **Wandtäfelungen** (mit 30 Abbildungen).

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen

Der Verlag des Fachblatt für Holzarbeiter
Stuttgart, Adler-Straße 43.

Paul Horn, [illegible] Hamburg 23

Nach meinem durch **zwei deutsche Reichspatente** gesch. neuen Polierverfahren **werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt.** Dadurch wird erreicht

:: :: eine sofortige Porenfüllung :: ::

man **erspart Material, Zeit, Arbeit,**

erzielt : : : edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes,

vermeidet Oelausschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird **kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz,** sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist **patentrechtlich strafbar,** ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:

1	Flasche	Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1	„	Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1	„	Patent-Politur zum Reinpolieren
1	„	allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond, zum Auszielen von Kehlleisten usw.
1	„	allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1	„	Schleif- und Polieröl, gelblich
1	Dose	Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol"
1	„	Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono"
1	„	Bimsstein-Polierpulver, hellnussbraun
1	Tube	Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstellen
1	Stück	Korkschleifklotz, 120×75×60 mm

zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.

Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à **8 Mark.**

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, **eine künstlerisch ausgeführte 40 farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel.** Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. **Preis Mk. 1.50.** Bei Auftragerteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für **alle Männer der Werkstatt,** behandelt die **Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete** der Holzindustrie in **volkstümlicher Form.** Abonnement: **Jährlich 12 Nummern 3 Mark.**

Verlag von Theodor Leipart in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.